

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Postzeitung) Die Neue Welt; Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Sarbaum, Magdeburg, Reustadt. Druck von Franz Böckge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schrotdorferstr.). Fernsprecher 1567. — Bräunungsnummer zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtkosten) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Postanstalten vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 250 exkl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Postgebühren) sowie bei Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgebühr die fünfzehnjährige Zeitzeile 15 Pf. Post-Zeitungsgebühr Nr. 7778

Nr. 196.

Magdeburg, Mittwoch, den 23. August 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Ein neues Fiasko der Zuchthaus-Vorlage.

Nachdem die Berichte der süddeutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten nicht nur kein Material zur Begründung der Zuchthaus-Vorlage gebracht, sondern die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Arbeiterorganisationen wie den ruhigen Verlauf der Lohnbewegungen gerade bei den organisierten Arbeitern ostentativ hervorgehoben hatten, konnte man mit Spannung den Berichten der preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten entgegensehen. Hier war dem Stumm-Posadowsky-Kurs die letzte Möglichkeit gegeben, für sein Vorgehen wenigstens Entschuldigungsgründe zu finden. Die preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben bisher der Arbeiterbewegung keineswegs so objektiv gegenüber gestanden, wie es von den bayerischen, bayerischen und württembergischen Beamten geschah. Mit den Arbeiter-Organisationen tritt Preußens Gewerbe-Aufsicht nur ausnahmsweise in Verbindung und wo ein reger Verkehr sich entwickelt hatte, wurde er wieder erstift, nachdem Schweinburg und die Post erklärt hatten, dies sei eine amtliche, also staatliche Anerkennung der Sozialdemokratie.

Wo der sozialpolitische Gesichtskreis so eng begrenzt ist, wäre es nicht wunderbar, wenn die Arbeiterausstände in schroffer Weise verurteilt und zu Beweisen für den Terrorismus der Arbeiter ausgenutzt worden wären. Sobald tatsächlich Ausschreitungen der Arbeiter stattgefunden hätten, hier in den preussischen Berichten würden sie die schärfste Verurteilung erfahren haben!

Und was enthalten die Berichte?

Nichts, nicht das geringste, was selbst nach dem Zuchthaus-Kurs eine härtere Bestrafung der Arbeiter rechtfertigen könnte, dagegen viel, was beweist, welche rücksichtslosen Terrorismus die Unternehmer bei Bekämpfung der Arbeiter ausüben.

Nur Herford und Bielefeld, die sich wahrscheinlich für verpflichtet hielten, einen Beitrag zur Begründung derselben zu liefern, haben „Material“ herbeigeschleppt. Aber was für welches! Man höre und — lache!

Es wird ein Streit auf der Herforder Brauerei geschildert; 16 Maurer legten die Arbeit nieder, drei nahmen sie am nächsten Tage wieder auf, andere, die ebenfalls arbeiten wollten, wurden nicht wieder eingestellt. „In einer vertraulichen Unterredung erklärten vier Maurer einstimmig, daß auf der Brauerei für die Arbeiter besser gesorgt werde, als auf irgend einer anderen Arbeitsstelle, daß zum Niederlegen der Arbeit kein triftiger Grund vorgelegen habe und daß sie nur unter dem Druck der dem Verbands der Maurer und Zimmerer angehörenden Arbeitskollegen, die von dem Vorstände mit Weisung versehen würden, gehandelt hätten.“ Vier Streikbrecher — das ist die ganze Kronzeugenschaft von Herford! —

Und von Bielefeld schreibt der Gewerbe-Inspektor: „Die Veranstalter eines Streiks sind stets die Führer der Gewerkschaft, deren Entschlüssen die übrigen Arbeiter willenlos folgen müssen.“

Eine Begründung für diese Behauptung zu bringen, ist der Fabrikinspektor nicht im Stande: nicht einmal das Zeugnis von vier Streikbrechern kann er aufreiben wie sein glücklicher Kollege in Herford!

Dann heißt es noch im Magdeburger Bericht, daß einige Arbeitseinstellungen erfolgten, weil Arbeiter sich weigerten, einem Verbands beizutreten und der Unternehmer es ablehnte, diese Leute dem Verbands der anderen Arbeiter gemäß zu entlassen. Nähere Mitteilungen, die es ermöglichen, die Richtigkeit dieser Angaben zu kontrollieren, fehlen, und da der Magdeburger Beamte nur sehr wenig mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung steht, dürften seine Nachrichten wohl von dem Unternehmer stammen, also parteiisch gefärbt sein.

Im übrigen findet sich in den 413 Seiten des preussischen Gewerbe-Aufsichtsberichts keine Mitteilung über den nach Stumm-Posadowsky so überaus häufigen „Terrorismus der Arbeiter“. Die „bedauerliche Ausschreitung“, über welche aus Spandau bezüglich des Maurerstreiks berichtet wird, behandelt selbst der Beamte als einen Einzelfall, hält ihn also nicht für symptomatisch für die Ausstandsbewegungen im allgemeinen. Der Beamte für Kassel schüttet seinen Groll nur über „auswärtige Aufwiegler“ aus, welche, wie er gefunden haben will, ungerechtfertigt einen Streit veranlaßten, und er muß hinzufügen: „Obgleich die Arbeiter schnell und nicht selten durch unbeteiligte auswärtige Ruhestörer gereizt zum Ausstande greifen, so herrscht doch die Geneigtheit vor, sich bald wieder zu einigen.“

Dieser Mangel an Beweismaterial für den Zuchthauskurs sucht nun das Sachregister des Berichts dadurch zu verdecken, daß es die schreckliche Aufwieglergeschichte zweimal

rubriziert: einmal unter dem Stichwort: Aufwiegler auswärtige, veranlaßten Bewegungen in der Arbeiterschaft S. 312; dann unter Ausstände: auswärtige Aufwiegler S. 312.

Um so weniger rebellig ist das Sachregister, wo es sich um die verschiedenen, von den Aufsichtsbeamten mitgeteilten Fälle über den Terrorismus der Unternehmer gegen die Arbeiter handelt.

Weder unter der Rubrik „Arbeitgeber“ noch unter der „Bauunternehmer“ oder „Ziegeleibesitzer“ oder unter „Ausstände“ mit einem besonderen Hinweis ähnlich dem bei der Aufwieglergeschichte, findet sich die Verhinderung Arbeitswilliger durch Unternehmer erwähnt, über welche der Kasseler Beamte mitteilt:

„In Kassel traten die Boden- und Erdarbeiter in Ausstand und forderten Lohnerhöhung. Einzelne Bauunternehmer willigten in die Forderung ein, die übrigen vereinigten sich und führten, da viele von ihnen selbst Ziegeleibesitzer sind, einen Anschluß des Verbandes der Ziegeleibesitzer herbei, wonach vom folgenden Tage ab bis zur Beendigung des Ausstandes keine Ziegelsteine abgegeben werden dürfen. Hierdurch wurden auch die sämtlichen im Bauhandwerk beschäftigten Arbeiter, Maurer usw. gezwungen, zu feiern.“

Diese Unternehmer und Terroristen erreichten auch ihre Absicht, denn wie der Beamte mitteilt, konnten infolge dieser Sperre „die Bauhandwerker nicht die streikenden Erdarbeiter unterstützen, so daß letztere genötigt waren, die Arbeit beendigungslos aufzunehmen.“

Oben verschweigt das Register folgende Terrorisierung: In Elmshorn streikten die Gerberei-Arbeiter; einem Schiedspruch des Einigungsamtes unterwarfen sie sich nicht. „Nachdem in dessen der Verbands der Gerbereibesitzer Elmshorns gedroht hatte, bei Fortsetzung des Ausstandes die Hälfte der in den sämtlichen Gerbereien Elmshorns beschäftigten Arbeiter auszusperren zu wollen, endete der Ausstand mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiter.“

Weder bei Gerbereien, noch bei Ausständen ist im Register diese Bedrohung der Arbeitswilligen verzeichnet — und eine Rubrik „Terrorismus der Unternehmer“ ist nicht vorhanden. Wir raten dem Reichsamt des Innern, das ja die Berichte aus den einzelnen Bundesstaaten dem Reichstage vorlegt, für seine Zusammenstellung diese Rubrik einzuführen; für dieselbe ist fast aus allen Berichten viel Material zu holen.

Das Register des preussischen Berichts bringt auch keine Mitteilung über den Terrorismus der Bauunternehmer in Magdeburg, über den es Seite 159 heißt:

„Die vereinigten Bauunternehmer drohten mit nochmaliger allgemeiner Einstellung (des Betriebes), falls bis zu einem gewissen Zeitpunkte die gesperrten Arbeitsplätze nicht wieder besetzt sein würden.“

In die Rubrik „Terrorismus durch Unternehmer“ gehört auch der unter „Arbeiterstatistik, Kommission für“ und „Oberkellner“ rubrizierte Fall aus Köln, wo ein Oberkellner wegen seiner Aussagen vor der Kommission für Arbeiterstatistik entlassen wurde. Ferner die unter „Arbeiter“ rubrizierte Kennzeichnung entlassener Arbeiter durch Zeugnisse und Entlassungsscheine, wie sie in Reichenbach in Schlesten üblich ist, oder die Maßregelung solcher Arbeiter, die mit dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Verbindung treten. Darüber heißt es aus Wiesbaden: „Persönliche Rücksprache auf dem Inspektionsbureau scheuen die Arbeiter, weil sie leider nicht mit Unrecht Maßregelungen seitens ihrer Arbeitgeber fürchten.“ Und der Erfurter Bericht sagt: „Vielfach befürchten die Arbeiter Unannehmlichkeiten, wenn sie die Sprechstunden und überhaupt den Gewerbe-Inspektor besuchen.“

Während also die Arbeiter durch das Unternehmertum einerseits verhindert werden, von ihrem gesetzlichen Rechte Gebrauch zu machen, ist andererseits, wie schon berichtet, die Zahl der Gesetzesübertretungen seitens der Unternehmer eine sehr große, dagegen die Zahl der Bestrafungen außerordentlich gering. Aber nicht nur auffallend wenig Bestrafungen der Arbeitgeber erfolgten, nein, sie waren auch so geringfügig, daß selbst die Gewerbe-Aufsichtsbeamten darüber Klage erheben. Die „Beurteilung von Gesetzesübertretungen der Arbeitgeber“, schreibt der Magdeburger Beamte, „ist durch die Gerichte immer noch recht milde.“ „Das“, sagt er, „zeigt wieder ein Fall, in welchem die Besitzer und der Direktor einer chemischen Fabrik je zu 10 Mark Strafe verurteilt wurden, weil sie 14 jugendliche Arbeiter in der Nacht und am Sonntag beschäftigt hatten.“

Auch aus Kassel wird über die milde Bestrafung der Unternehmer geklagt. „Das Schöffengericht erkannte“ heißt es im Bericht, „trotz der offenkundigen Absicht des Angeklagten, die gesetzlichen Vorschriften zu umgehen, auf eine Strafe von nur 10 Mark.“ Und der Potsdamer Bericht sagt: „Die auf Grund der Strafanzeige des Aufsichtsbeamten

von dem Gericht verhängten Geldstrafen beliefen sich in dem einen Fall auf 10, 15, 15 Mk., in dem andern auf 5, 50, 20 Mark. Diese Strafen stehen keineswegs im richtigen Verhältnis zu den Vorteilen, die Unternehmern aus solchen Umgehungen der Gesetze erwachsen. Besonders müssen Strafsetzungen befremden, welche einen dritten Wiederholungsfall niedriger bestrafen als den zweiten.“

So bieten die Berichte der preussischen Gewerbe-Aufsichts-Beamten, sagt der Vorwärts, nicht nur kein Material zur Begründung der Zuchthaus-Vorlage, sondern beweisen, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter mehr als bisher vor der Terrorisierung durch die Arbeitgeber geschützt werden.

Wo wird nun Graf Posadowsky seine neuen Patronen hernehmen?!

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Nun die Schlacht entschieden ist und die Regierung das Spiel doppelt verloren hat, wird man am Kapitänwäldchen in Berlin energisch. Die Berliner Politischen Nachrichten, das Organ Miquels, kündigen ein **scharfes Vorgehen gegen die oppositionellen Beamten** an. Sie schreiben:

Selbstverständlich wird die Staatsregierung nicht umhin können, der Frage näher zu treten, ob es mit ihrem Ansehen vor dem Lande vereinbar ist, daß hohe Staatsbeamte, welche in der Provinz mit der Vertretung der Regierungspolitik betraut sind, in Fragen, die, obwohl an sich streng wirtschaftlicher Natur, doch von sonderinteressierter Seite künstlich zu politischen Machtkämpfen gestempelt worden sind, in ihrer Eigenschaft als Parlamentarier gegen die Regierung frontieren. Es muß in den weitesten Kreisen des Landes argerniserregend wirken, daß hochstehende Elemente des Verwaltungsbeamtenapparates sich von Partei- und Fraktionsanschauungen derart gefangen nehmen lassen, um vom rechten Wege so weit abzuweichen, daß sie die Richtschnur ihres ihnen durch ihre hervorragende amtliche Stellung vorgezeichneten Verhaltens durch Abgabe eines regierungsgegnerischen Votums im Abgeordnetenhaus so schwer kompromittieren.

Das wird die Landräte und Regierungspräsidenten wenig genieren. Eine Regierung, die keine Macht hat, sollte das Drohen unterlassen. Ihr Ruhm wird damit nicht größer.

Für die Zuchthausvorlage legen sich jetzt auch die Handelskammern in Rheinland-Westfalen ins Zeug. Die Handelskammer in Bielefeld hat eine Resolution angenommen, in der sie einen „wirksamen Schutz“ für Arbeitswillige verlangt, weil § 153 der S.-D. einen solchen Schutz weder nach seiner Anwendbarkeit, noch nach der Höhe der Strafe gewährt. Auch die Handelskammer in Bochum hat, wie erwähnt, ein Gutachten für die Zuchthausvorlage abgegeben, worüber sich selbst bürgerliche Blätter der Gegend entrüsten. Sie weisen mit Recht auf die schwereren Strafen hin, die das Landgericht in Bochum jetzt schon in so vielen Fällen wegen des Unruhen in Herne verhängt hat.

Ueber das weitere **Auswachen des militärischen Pensionsfonds** wird der Berliner Volkszeitung geschrieben: Pensioniert wurden in der deutschen Armee seit Ende Juni 1899: 2 Generale der Infanterie, 4 Generalleutenants, 4 Generalmajore, 5 Oberste, 2 Oberlieutenants, 6 Majore, 19 Hauptleute, 4 Oberlieutenants und 14 Lieutenants. In Summa 60 Offiziere. Kosten per Jahr rund 223 000 Mark. Außerdem wurden ohne Pension verabschiedet 2 preussische und 1 sächsischer Lieutenant. Ferner „schieden aus“ 3 preussische Oberlieutenants und 10 preussische Lieutenants, so daß der Gesamtverbrauch an Offizieren in den letzten sechs Wochen 76 Mann beträgt. Nebenbei sei hinzugefügt: Zwei pensionierte Oberwachmeister erhielten den Charakter als Lieutenant. Sie sind dadurch noch im vorgerückten Alter zu „Hochwohlgebornen“ avanciert.

Das **Gemeindevahlgesetz** ist für diese Session auch gescheitert. Von keiner Seite wurde im Abgeordnetenhaus, als bei Schluß der Sitzung am Montag der weitere Geschäftsplan erörtert wurde, angeregt, die Beratung dieses Gesetzes noch in Betracht zu ziehen. Freilich steckt daselbe noch in der Kommission und sollte an diesem Montag abend eine Kommissionssitzung stattfinden. Zustande kommen würde in dieser Session doch kein Gesetz dieser Art, da jedenfalls das Herrenhaus für seine Prüfung noch viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Zur Lage in Preußen.

Mes orakelt. Ein Mittellandkanal voll Tinte wird verbraucht und doch ist es sicher, daß im Grunde alles beim Alten bleibt.

Lucanus hat am Sonnabend in Cronberg im Taunus dem König Vortrag gehalten; er ist am Montag nach Berlin zurückgekehrt und hat erst Hohentlohe und dann Miquel besucht. Der preussische König kehrt Dienstag nachmittag nach Berlin zurück und selbst Eugen Richter glaubt, daß dann die Entscheidung kommen werde.

bie sowie über deren Fortgang das Wolffsche Bureau wie folgt berichtet:

Als die Gruppen von Anarchisten von der Place de la Republique vertrieben waren, wollten sie sich mit Sebastian Faure an der Spitze nach der Place du Trone begeben; Polizei trat ihnen jedoch entgegen, und es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei Revolverkugeln abgegeben wurden; der die Polizei befehlende Kommissar wurde durch zwei Messerstiche verwundet. Die Menge setzte sodann den Marsch fort, wurde aber durch die Polizei angehalten, ehe sie zur Place du Trone gelangte. Es kam zu neuen heftigeren Zusammenstößen; es wurde wieder mit Revolvern geschossen und drei Polizisten wurden verletzt. Sebastian Faure bestieg nun mit einigen Freunden einen Straßenbahnwagen, der nach der Place de la Republique fuhr. Hier wurde er mit seinen Freunden verhaftet und nach der Chateau d'Can-Kaserne gebracht. Die Menge teilte sich nunmehr in zwei Gruppen. Die eine ging die Rue St. Maur entlang, die gerade unbewacht war, und gelangte, ohne angehalten zu werden, zur Kirche St. Josef. Einige an der Spitze marschierende Personen betreten die Kirche, rissen mehrere Bilder herunter, ergriffen einige Sessel, trugen sie auf die Straße, zerschlugen sie und zündeten ein Freudenfeuer vor der Kirche an. Die Polizei, durch Passanten von diesen Vorfällen unterrichtet, eilte hinzu und zerstreute die Menge. Der andere Haufe, etwa 200 Personen mit einer roten Fahne, zog die Rue des Boulets entlang. Ein Polizeikommissar und ein Polizeinspektor traten der Menge entgegen, wurden jedoch gestochen, geschlagen und niedergeworfen. Der Kommissar erlitt erste Quetschungen, der Polizeinspektor wurde schwer verletzt. Polizisten eilten zu Hilfe, und es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, in dessen Verlauf vier Polizisten leicht verletzt wurden. Die Menge wurde auseinander getrieben, 32 Personen wurden verhaftet.

Seit 8 Uhr abends wurden die Teilnehmer an den Kundgebungen, welche sich bis zum Ostbahnhof ausdehnten, beständig durch die Polizei zurückgedrängt. Die Menge brachte Hochrufe auf die Armee und die Republik aus. Die Polizei trieb eine Anzahl junger Burschen, welche Zeitungspäckchen verbrannten, auseinander. Gegen 10 Uhr abends fanden auf dem Boulevard de Magenta und dem Boulevard de Strasbourg Aufrührungen statt, bei welchen Revolverkugeln abgegeben wurden, die aber niemand verletzten. Mehrere Personen wurden verhaftet; zwei Zeitungskioske wurden in Brand gesteckt. In der Rue Chabrol dauerten die Kundgebungen bis Mitternacht fort. Bis dahin waren etwa 50 Personen verwundet worden, darunter mehrere Polizeiagenten. Diejenigen Teilnehmer an den Kundgebungen, welche sich nach dem Ostbahnhof gesammelt hatten, wurden von dort vertrieben, 25 Personen wurden verhaftet; gegen 1 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

Nach Feststellung der Polizeipräferenz sind bei den Unruhen im ganzen 380 Personen verwundet worden, von denen 361 in Krankenhäuser gebracht wurden. Die Zahl der verwundeten Polizeiagenten beträgt 59. Es wurden 150 Verhaftungen vorgenommen, von denen 80 nicht aufrecht erhalten wurden. Am Montag früh herrschte in der Rue Chabrol und deren Umgebung vollkommene Ruhe.

Die meisten Blätter erklären, daß die Unruhen ein bedenkliches Anzeichen für die in einigen Schichten der Bevölkerung herrschende Stimmung seien. Die nationalistischen und opportunistischen Blätter machen für diese Unruhen die Regierung verantwortlich, welche durch die ungerechtfertigte Verhaftung Drouot's und seiner Genossen alle patriotisch gesinnten Franzosen herausgefordert habe. Die republikanischen Blätter sprechen die Ansicht aus, die Vorkommnisse am Sonntag seien eine Folge der Schwäche der Regierung, welche seit acht Tagen die meuterischen Kundgebungen der Antisemiten und Nationalisten duldet und mit Guérin, der sich in offenem Aufruhr gegen das Gesetz befindet, wie mit einer kriegführenden Partei verhandelt.

Parlamentarische Nachrichten.

Abgeordnetenhaus.

93. Sitzung vom 21. August. 11 Uhr.

Im Ministeriale: Frhr. v. d. Rode.
Zu dritter Beratung werden zunächst debattelos endgültig angenommen. Die Gesetze betr. die Kirchenverfassung der evangelischen Kirche im Konfessionsbezirk Frankfurt a. M. und betr. die Landesbank in Wiesbaden.

Sodann tritt das Haus in die Beratung des Gesetzes betr. die Polizeiverwaltung in den Vororten von Berlin.

§ 1. Die Vorlage verlangt für die Regierung die Vollmacht, alle Vorortbezirke um Berlin dem Berliner Polizei-Präsidium zu unterstellen. — Die Kommission hat dagegen beschlossen, durch das Gesetz selbst nur die Stadtgemeinden Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf dem Polizei-Präsidium in Berlin zu unterstellen.

Abg. Richter (freij. Volksp.) beantragte einen Zusatz, nach welchem diesen Stadtgemeinden die Volkspolizei in dem bisherigen Umfang beibehalten werden soll.

Abg. v. Endebrand (kons.) beantragte Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission, um zunächst Material über die geplante Teilung des Regierungsbezirks Potsdam zu fordern, die doch auch auf die Gestaltung der Polizeiverhältnisse in den Berliner Vororten zurückwirken müsse.

Abg. v. Gerner (natlib.) erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

Abg. Richter will ebenfalls nichts gegen die Zurückverweisung sagen. Es sei ja nicht so dringend, in der vorgeschrittenen Jahreszeit und angesichts der Ungewißheit, welcher Minister des Innern die Vorlage zur Ausführung bringen werde, diese Angelegenheit schon jetzt zu erledigen.

Minister Frhr. v. d. Rode will zwar angesichts der herrschenden Stimmung, die ja für die Rückverweisung zu sein scheint, nichts gegen diese einwenden, will aber schon heute erklären, daß weder er noch seine Kommissare in der Kommission ein wesentlich neues Material zu bringen können.

Nachdem auch Abg. Rintelen namens des Centrums sein Einverständnis mit dem Antrag Endebrand ausgesprochen hat, wird die Vorlage an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen. Die Petitionen betreffen in ihrer großen Mehrzahl lediglich persönliche oder lokale Ansprüche der Petenten und werden ohne wesentliche Debatten nach den Anträgen der Kommission erledigt.

Eine Petition von allgemeinem Interesse geht von dem Magistrat der Stadt Königsberg aus. Sie fordert die Verfassung des Wasserbau-

verwaltung beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten oder die Bildung eines besonderen Wasserbau-Ministeriums. Die Kommission (Abg. v. v. t. t. freij.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Abg. v. h. l. (freij. Vg.) faßt der Tribüne unterfänglich) scheint die Wünsche des Magistrats von Königsberg zu bekräftigen. Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

Eine Petition betr. die Errichtung einer katholischen Schule in Zernblau (Westpreußen), über welche die Kommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt, wird auf Antrag des Abg. v. a. s. b. a. c. (Centr.) an die Kommission zurückverwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Gerichtsverfassung für Berlin und dessen Umgebung; kleine Vorlagen; Antrag Rantig (kons.) betr. Veränderung des Rentengütergesetzes; Petitionen.)

Präsident v. K. r. b. c. h. e. r. t. teilt mit, daß Stoff zur Beratung noch für morgen und übermorgen vorliegt. Die Justizgesetze, die noch aus dem Herrenhause zu erwarten sind, sollten am Sonnabend auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Nachrichten aus Magdeburg.

— Die Lohnkommission der Böttcher hat den Streit für vorläufig beendet erklärt. Die endgültige Beschlußfassung darüber steht natürlich der öffentlichen Versammlung zu, die demnächst berufen wird. Die Bewegung ist, wie an dieser Stelle mehrfach angeführt, für die Böttcher günstig verlaufen. Nur in zwei Werkstätten sind die Forderungen nicht anerkannt worden. Ein Vorteil wird daraus den Inhabern der beiden Betriebe natürlich nicht erwachsen.

— **Proletariatsleben.** Beim Abbruch der Buden auf dem Rothhofen fand der Zimmermann Hinjche aus Sudenburg eine Frau mit zwei Kindern unheimlich. Sie klagte ihre Not, daß sie nicht im Stande sei, sich und die Kinder zu ernähren. Da sie außerdem obdachlos war, nahm H. eines der Kinder an sich, trotzdem H. selbst in ärmlichen Verhältnissen lebt. Das zweite Kind, ein Knabe von 8 Jahren, nahm der Zimmermann Debertshäuser, ebenfalls in Sudenburg wohnhaft, an sich. Die Mutter versprach, nachdem sie ihre Kinder in guter Obhut glaubte, sich Arbeit zu suchen. So wäre nun für alle Teile gesorgt gewesen. Jedoch es sollte anders kommen. Als Debertshäuser zu Hause ankam, wollte seine Ehefrau absolut nichts von dem Knaben wissen; er mußte die Nacht an der Erde schlafen, um am Morgen ungewaschen und ohne daß er etwas zu essen bekommen hätte, von der Frau aus dem Hause gejagt zu werden. Es ist das umsonst zu beurteilen, als das Ehepaar D. ganz gut situiert ist. Der herausgewiesene Knabe kam resp. wurde von D. nun zu Hinjche, wo sein Bruder ist, gebracht. Dieser konnte das Kind jedoch nicht auch noch behalten und schickte es wieder zu D. zurück. Auf diese Weise wurde der arme Junge einige Tage hin und her geschickt, bis er schließlich, nachdem Hinjches noch eine polizeiliche Vernehmung zu bestehen gehabt hatten, auf dem Trommlersberg untergebracht worden ist.

— Der Wunsch der **Handelsgärtner**, auf die Einführung eines Schutzpolles auf Blumen, Gänse und Obst scheint bei der Regierung ein williges Ohr gefunden zu haben. Seitens des Reichsamt des Innern sind den Gruppen des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands Fragebogen zugegangen, deren Beantwortung ein Bild über die Notwendigkeit eines Schutzpolles auf gärtnerische Artikel geben soll. Die Verbandsgemeinschaft Sachsen-Anhalt, zu der auch Magdeburg gehört, hielt zum Zwecke der möglichst gleichmäßigen Ausfüllung der Fragebogen Ende voriger Woche hierseits eine Versammlung ab. Wie die Antwort ausgefallen sein wird, darüber verläutet nichts, sie ist aber bei der Tendenz dieser Vereine nicht fraglich. Die Gärtnereigenossen halten den Schutzpolle für einen Fehler und haben dies in längeren Ausführungen begründet. Wir haben dieselben f. B. in unserer Zeitung zum Abdruck gebracht.

— Die **obligatorische kaufmännische Fortbildungsschule**, die seitens der Stadt eingerichtet ist, hatte vor kurzem das erste Vierteljahr ihres Bestehens hinter sich. Die Schule wurde am 4. Mai mit 326 Schülern eröffnet. 24 Schüler traten hinzu, 22 gingen wegen Berufswechsels, Bezuges u. d. ab, so daß die Zahl der Schüler sich gegenwärtig auf 323 beläuft; davon sind Kaufmannslehrlinge 253, Schreiber 75. Die Mehrzahl der Schüler hat bisher die Bürgerschule besucht, nämlich 230, 3 die höheren, 67 die Volksschulen und 28 auswärtige Schüler. Die Schüler werden in zehn Klassen unterrichtet, so daß auf eine Klasse etwa 32 Schüler kommen. Die in Verbindung mit dieser obligatorischen Schule einzurichtenden fakultativen Unterrichtskurse sollen am 16. Oktober eröffnet werden. Diese Kurse werden die bisherige Unterrichtsanstalt des kaufmännischen Vereins ersetzen. Es werden Jahreskurse mit einer Ausdehnung auf 40 Wochen eingerichtet. Der Unterricht wird in den Abendstunden, nach 7 Uhr, erteilt und erstreckt sich auf Englisch und Französisch, auf Handelswissenschaft, kaufmännisches Rechnen, einfache und doppelte Buchführung, Schönschreiben und erforderlichenfalls auch Schreibmaschine. Als Schulgeld werden die bisher an der Unterrichtsanstalt des kaufmännischen Vereins üblichen Sätze möglichst beibehalten werden.

— Wozu die bei der **heftigen Sparfasse** belegten Gelder zum Teil Verwendung finden, geht aus einer der Magdeburgerischen Zeitung aus Raumburg zugegangenen Mitteilung hervor. Danach soll, „da bei der Sparfasse zu Magdeburg die nachgeschickte Anleihe (3 Millionen) für die neue Artilleriekaserne nur bis zu 700 000 Mark aufgenommen werden kann, anderweit der Rest der Anleihe event. zu 4 Prozent beschafft werden.“ Es wird nur dieses Hinweis bedürfen, um die Magdeburger Einwohnerhaft zu veranlassen, schleunigst ihre Ersparnisse der Sparfasse zu überweisen, damit der 3 Millionen-Pump der Stadt Raumburg ohne 4 prozentige Anleihe gedeckt werden kann.

— Der **Saatenstand in Preußen** um die Mitte des Monats August 1899 war nach den Ermittlungen des königl. statistischen Bureaus folgender: Es berechnete der Stand der Saaten zu der Erntezeit einer (Nr. 1) sehr guten, (Nr. 2) guten, (Nr. 3) mittleren (durchschnittlichen), (Nr. 4) geringen, (Nr. 5) sehr geringen Ernte an Winterweizen 2,4, Sommerweizen 2,5, Winterroggen 1,8, Winterroggen 2,6, Sommerroggen 3,0, Sommergerste 2,5, Hafer 2,9, Kartoffeln 2,8, Rike 3,0, Luzerne 2,7, Wiesenschnee 3,1.

— Der **Staatsanwalt** erläßt folgenden **Aufruf**: Am 14. Juli 1899 ist bei Staßfurt, Kreis Calbe, die Leiche eines angedeutet dem Schifferstande angehörigen Mannes mit starkem blondem Vollbart und blondem Haupthaar, dessen Alter auf etwa 50 Jahre zu schätzen war, an einem Baum erhängt aufgefunden worden. Bekleidet war die Leiche mit braunem, langen Jacket, dunkler mit weißstreifenförmigen schmalen Streifen durchzogener Hose und Weste, weißem Hemd mit blauen Streifen, Umlegtragen, Kravatte, Klauer Knie mit dem Firmenstempel „Hermann Eichenberg, Dönnelitz 29, Hamburg“ und Strandschuhen. Die Kleidungsstücke waren sämtlich gut erhalten. Außerdem wurden noch ein rotbraunes Taschentuch und eine Stahlklinge im Futteral vorgefunden. Um Mitteilung über die Persönlichkeit zu den Akten 6 J 553/99 wird gebeten.

— Ein **Radsahrer**, der von einem Hund angefallen wurde und denselben getötet hat, ist von dem Gerichte freigesprochen worden. Das Gericht, welches dieses Erkenntnis fällte, ging von der Ansicht aus, daß der Radsahrer, als er den Hund nach mehrmaligen vergeblichen Versöhnungsversuchen mit seinem Taschentuch niederschloß, in der Notwehr gehandelt habe.

— Am Montag abend hatte sich im „**Rufen-Par**“ eine wegen des Wetters allerdings nicht sehr große Anzahl Gäste eingefunden, die bei Konzert und Prachtfeuerwerk einige fröhliche Stunden verleben wollten. Trotz der hohen Witterung war das Bewußtsein in dem geschätzten Garten recht angenehm, besonders bei dem Abkühlen der Sonnen, Fontainen, Goldregenbäume u. s. w. durch Herrn Pyrotechniker Höpfer. Trotz des Pulverdampfes nach vollendeter Schicht blieben die Anwesenden bis in die Nacht hinein fröhlich plaudernd beisammen und folgten den einzelnen Konzertsätzen mit Aufmerksamkeit.

— Aus **Furcht vor Strafe** hat sich Sonntag nachmittag die etwa 10 jährige Tochter eines Sattlers in der Schönebergstraße an dem Fenster erschätzt. Das Kind soll vor dem Vater, der es

zückigen wollte, gestürzt sein und hat den Weg aus dem Fenster genommen. Die Verletzungen sollen erheblich sein. Der Vater wurde festgenommen, doch, da sich herausstellte, daß er sein Züchtigungsrecht keineswegs überschritten hatte, bald wieder aus der Haft entlassen.

— **Cirkus Wulff.** Vom 28. d. M. ab wird im hiesigen Cirkuszelt, das gegenwärtig für diesen Zweck hergerichtet wird, Cirkus Wulff Vorstellungen geben. Dieser Cirkus ist ein gewaltiges, gegenwärtig von keiner Konkurrenz übertrroffenes Kistenunternehmen, das seinen guten Ruf durch die großartigsten Darbietungen gefestigt hat und in Weltstädten, wie London, Brüssel, Rotterdam, Wien, Pest, Hamburg und Leipzig mit unvergleichlichem Erfolge thätig gewesen ist. Besonders in London, wo der Cirkus in dem 18 000 Personen fassenden Crystalpalast jedes Jahr monatlang Vorstellungen gab, sind Herrn Direktor Wulff die höchsten Anmerkungen zu teil geworden. Mit einem für dortige Verhältnisse ganz ungewöhnlichem Erfolge war der Cirkus zuletzt in Stettin thätig und fortgesetzt haben dort die großartigsten Leistungen volle Häuser erzielt und allseitige Anerkennung hervorgerufen. Das vollständige Personal umfaßt 280 Personen, der Marstall zählt 196 Pferde nur edelster Rassen, wie Trakehner, Lipponier, engl. Vollblut, Araber u. s. w. Viele Reit- und andere Künstler, sowie ein außerordentlich gut besetztes Corps de Ballet stehen zur Verfügung. Ferner bietet Herr Direktor Wulff zahlreiche Originaldarstellungen und die Schulleiterei in seinem Cirkus wird als das Beste anerkannt, was in dem Gebiete der equestrischen Kunst bisher geleistet worden ist. Ein Manegeschaustück allerersten Ranges bildet immer die Vorführung von hundert Pferden in einem Ensemble. Dem Magdeburger Publikum steht nach alledem eine interessante Spielzeit im Cirkus bevor.

— Eine **große Kellerei**, bei der letzter auch das Messer eine Rolle spielte, fand am Sonntag abend vor dem Ulrichsthor statt. Junge Leute, welche nach 10 Uhr aus einem dortigen Tanzlokal kamen, gerieten in Streit, der damit endete, daß einer der Beteiligten Messerstiche in Gesicht und Brust erhielt, der Messerheld aber selbst beim Stechen die Hand sich stark verletzte. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen.

— Die **Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs** für die Woche vom 30. Juli bis zum 5. August 1899 war nach dem Bericht des hiesigen statistischen Amtes folgende: Geboren wurden 85 männliche, 85 weibliche, zusammen 170 Personen; totdgeboren 4. Gestorben sind 85 männliche, 72 weibliche, zusammen 157 Personen, darunter an Diphtherie und Group. Die Zahl der Zugezogenen betrug 1035, die der Fortgezogenen 1106. — Die Bevölkerungszahl am 5. August stellte sich folgendermaßen: Altstadt 91 579, Wilhelmstadt 19 844, Friedrichsstadt mit Werder 8853, Sudenburg 31 249, Neustadt 47 182, Budau 26 466, zusammen 225 173 Personen (113 428 männliche, 111 747 weibliche), gegen die Vorwoche weniger 62 Personen.

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Am 3. März d. J. abends bildete sich gelegentlich einer Schlägerei auf dem Breitenwege zu Sudenburg ein Menschenauflauf. Der herbeieilende Schuhmann Lorenz verhaftete den Arbeiter Franke, der eine junge Arbeiterin schwer mißhandelt hatte und führte ihn ab. Nunmehr sprang der schon öfter bestrafte Arbeiter Reinhold Grundmann, geboren 1879, hinzu, versuchte seinen Freund gewaltsam zu befreien, griff den Schuhmann thätlich an und beleidigte ihn durch Schimpfreden. Das Schöffengericht verurteilte Grundmann am 7. Juni wegen dieser Straftaten zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Das Berufungsgericht ermäßigte diese Strafe auf 9 Monate Gefängnis.

Der vorbestrafte Arbeiter Otto Mendel zu Schönebeck, geboren 1877, schlug in der Nacht zum 10. April d. J. mit der Faust derart gegen den Kellner des Kaufmanns Grobe daselbst, daß die dahinter befindliche Fensterscheibe zerplitterte. Der Gerichtshof erkannte wegen ruhestörenden Lärms und Verübung groben Unfugs auf eine Woche Haft. Von der weitergehenden Anklage erfolgte Freisprechung.

Der vielfach bestrafte Schlosser Bernhard Gempel zu Sudenburg, geboren 1846, kaufte im Juni d. J. angeblich von einem Unbekannten ein Paar Jagdtiefeln mit Sporen, die einem Major auf der Citadelle gestohlen waren. Der Angeklagte erhielt wegen Hehlerei 4 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Der Arbeitbursche Rudolf Geiersbach hier, geboren 1883, trug am 4. April d. J. vom Bahnhof aus den Schließkorb eines Fräuleins. Unterwegs fiel einbeutel mit 110 Mark aus dem nicht festschließenden Korb an die Erde. Geiersbach nahm das Geld an sich und verpackte es hinterher in Berlin. Da wegen des Diebstahls wiederholter Mißfall vorliegt, erkannte der Gerichtshof auf 9 Monate Gefängnis.

Der vorbestrafte Arbeiter Otto Krug hier, geboren 1875, war beim Fuhrherrn Wilhelm Schröder beschäftigt gewesen und wurde am 27. November 1898 entlassen. Am Abend ging er in die Leutestube, beschädigte absichtlich zwei Bierflaschen, beleidigte den Arbeitgeber und versuchte andere Arbeiter durch Drohungen zum Verlassen des Dienstes zu nötigen. Einen Mitarbeiter drückte Krug gegen die Wand und bedrohte ihn. Das Urteil lautete wegen Sachbeschädigung, Verleumdung, versuchter Nötigung, Körperverletzung und Bedrohung auf 2 Monate Gefängnis.

Der Schlosser Friedrich Meinwage aus Hannover beteiligte sich in der Nacht zum 15. August 1897 gemeinschaftlich mit anderen Personen an einer Schlägerei, die auf der Straße zu Schönebeck stattfand. Ihn trafen wegen gefährlicher Körperverletzung 4 Wochen Gefängnis, die für verbüßt erklärt wurden.

Der Arbeiter Rudolf Margies, geb. 1884, der Arbeiter Otto Brelle, geb. 1883, der Maurerlehrling Gustav Böcker, geb. 1883, und der Weißgerberlehrling Wilhelm Binte, geb. 1884, zu Burg, erzählten in der Nacht zum 1. Juni d. J. gemeinschaftlich den Eiskeller eines Fleischermeisters und stahlen ein Kind- und Hammelfleisch, das sie mit nach Hause nahmen. Margies stahl ferner im April einen Koffathen zu Dettershagen gemeinschaftlich mit einem bisher nicht ermittelten Arbeiter vier Enten. Von den gestohlenen Angeklagten erhielten Margies und Binte je 3 Monate, Brelle und Böcker je 2 Monate Gefängnis.

Schöffengericht Magdeburg.

Der bereits mehrfach vorbestrafte bekannte Cavarienhändler Otto Goll hierseits lebt mit den armen Verwandten seiner Frau in Eiskellerstreitigkeiten, besonders verlangt die eine Schwester der Frau noch ein Wertpapier über 500 Mark und eine der Frau Goll geliehene Wäscheleine von ihm, was er ihr angeblich nicht geben will. Am 23. Juni d. J. kam das junge Mädchen zu den Goll und wollte ihre Ansprüche geltend machen. Goll öffnete die Korridorhür und führte

nach Angabe der Zeuginnen auf seine Schwägerin zu, schlug sie mit einem bledigen Stock, trat sie mit den Füßen und zwar derart, daß das fränkliche junge Mädchen längere Zeit erhebliche Schmerzen empfand. Das Schöffengericht erkannte gegen Goll wegen vorsätzlicher Körperverletzung auf 3 Wochen Gefängnis. —

Nachrichten aus der Provinz.

Dernbach. (Schafe mit Schützen.) Um die Schafe auf Stoppeljeldern vor Verletzungen und Uebertragen der Klauenseuche zu schützen, hat die Schäfergenossenschaft Dernbach Schafe und Ziegen mit Schützen versehen lassen. Die Neuerung hat sich bis jetzt sehr gut bewährt. —

Erfurt. (Vom Baum gestürzt.) Im Dorfe Witterda des hiesigen Landkreises stieg der Lehrer Göhne, ein schon betagter Mann, der vor kurzem ein Gütchen geerbt hatte, auf einen Baum seines Gartens, um die Früchte auf ihre Reife zu prüfen; er fiel dabei herab und starb an den Folgen des Sturzes. —

Erfurt. (Vom Erntewagen gestürzt.) In dem nahen Dorfe Kühnhausen stürzte die Ehefrau des dortigen Landwirts Pfänd, die auf einem beladenen Erntewagen saß, von diesem herab; sie blieb mit zerstücktem Schädel tot liegen. —

Genthin. (Kleinbahn.) Mit dem 1. Oktober wird voranschließlich die Kleinbahn Genthin-Schönhausen eröffnet werden. Der provisorische Fahrplan ist schon veröffentlicht. —

Raumburg. (Neue Soolquelle.) In einer Tiefe von 623 Metern ist eine neue Soolquelle erschlossen worden. —

Neuhaldensleben. (Eine Erinnerung.) Wir haben mitgeteilt, daß der Landrat v. Haffelbach, der Abgeordnete für Neuhaldensleben-Bismarck, vor der Sonnabend-Sitzung des Abgeordnetenhauses sein Mandat niedergelegt hat. Augenscheinlich ist er ein Opfer der berühmten Unterredung mit Herrn von der Heide geworden, denn

Herr v. Haffelbach hatte gegen den Mittelstandsanal gestimmt, wünschte aber augenscheinlich nicht, diese Ueberzeugungstreue in der dritten Sitzung zu betätigen. Parlamentarisch ist Herr v. Haffelbach nicht weiter hervorgetreten — bis auf eine Gelegenheit. Ihm gelang es nämlich, so erinnert die Frankfurter Zeitung, frisch auf seinen Posten zurück, den Wahlkreis Neuhaldensleben-Bismarck mit geringer Mehrheit seinem alten freisinnigen Inhaber v. Jordanbeck zu entreißen. Kurz darauf kam der alte Kaiser Wilhelm I. zur Jagd in jene Gegend, und der landrätliche Reichstagsabgeordnete wurde ihm vorgestellt. Der Kaiser, der offenbar über diesen Wahlsieg wohl unterrichtet war, richtete an Herrn v. Haffelbach die Frage: „Wo er denn das Wählen so gut gelernt habe?“ Der Landrat erwiderte prompt: „In Ostpreußen, Ew. Majestät.“ Darauf soll der Kaiser lachend bemerkt haben: „Dann haben Sie eine gute Schule gehabt.“ Der Landrat erhielt darauf einen Orden — ist aber später nicht mehr in den Reichstag gewählt worden und blieb — Landrat in unserem Kreise bis zum heutigen Tage. Und nun zwischen allerhöchster Ungnade und dem Horn des Bundes der Landwirte gestellt, brachte er das Opfer, sein Mandat niederzulegen. Da er keine Nachfolger gefunden hat, wird er seinen Schritt wohl schon bedauern. Nun, vielleicht wird er mit nationalliberaler Hilfe wiedergewählt werden. —

Schöningen. (Häuslicher Zwist.) Der Salinenarbeiter Hillebrecht von der hiesigen herzoglichen Saline hat aus einem Revolver einen Schuß auf seine Ehefrau abgegeben und dann die Waffe gegen sich selbst gerichtet. Bald darauf war v. eine Leiche, während die Ehefrau v. weniger gefährliche Verletzungen erhielt. Als Veranlassung zu dieser schrecklichen That wird ein häuslicher Streit über die bevorstehende Hochzeit der Tochter angesehen. v. soll mit der Heirat nicht einverstanden gewesen sein. —

Zeitz. (Einigkeit macht stark.) Bei der Abstimmung über den Mittelstand-Kanal im Abgeordnetenhause hat auch der Abgeordnete unseres Kreises, Landrat Wintler, gegen die Vorlage gestimmt. Der zweite Abgeordnete, Rittergutsbesitzer Dippe-Blotha, hat dagegen für die Kanalvorlage gestimmt. Ein hübsches Verhältnis; der eine so, der

andere so. Das zeugt von der „Einigkeit“ der „Staatsbehaltenden“ Parteien. —

Kleine Chronik.

Der Geschäftsführer Steuder der Seebereits-Genossenschaft in Hamburg ist nach namhaften Untersuchungen von über 100 000 M. schuldig. —

Weißhirschof Schmitz in Köln ist gestorben. — Die Festlichkeiten zu Ehren der 150. Wiederkehr des Geburtstages Goethes wurden in Frankfurt a. M. eingeleitet durch die Aufführung des dramatischen Fragments „Prometheus“ und des „Clavigo“. —

Verhaftet wurde in dem ostpreussischen Grenzort Biesseitz ein früherer Buchhalter des Fürsten Orginski aus Litauen, der einen Geldbrief aus Amerika mit falschen Dollarsnoten abhob. Die Berliner Staatsanwaltschaft hält den Verhafteten für ein Mitglied der Bande, die in letzter Zeit viel falsches russisches und amerikanisches Papiergeld, auch in Berlin, in Umlauf setzte. —

Von den in Sosnowice erkrankten Hochzeitsgästen sind sieben gestorben. Die Ärzte nehmen eine Fischvergiftung durch Grünspan an. Die Fische wurden in einem nicht gehörig gereinigten Kupferkessel gefischt. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine öffentliche Schiffer-Versammlung findet am Donnerstag, den 24. August, bei Wegner, Kleiner Stadtmarsch, statt. Die Kollegen mögen dafür sorgen, daß die Versammlung gut besucht wird. —

Eine öffentliche Versammlung für Kutsher und aller im Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen findet am Sonnabend, den 26. August, in Wüllers Saal, Tischlertrugstraße 22, statt. Die Tagesordnung lautet: Die Gefahren der elektrischen Straßenbahn für Kutsher und aller im Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen. Näheres siehe im späteren Inserat. —

Jedermann muß besitzen

die in 5. Auflage erschienene Broschüre

Die Rechte und Pflichten des Mieters

nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch.

Kommentar zum Mietrecht von
RICH. LIPINSKI.

Die Broschüre ist auf Grund der Motive und Landshrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet, giebt in 24 Abschnitten klare Uebersicht über das Mietrecht, ist gar ausgearbeitet, 32 Seiten stark und kostet 20 Pfg., Porto 3 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme und die Holzportene.

Paul Peucker

Fahrrad - Handlung

Haffelbachplatz, Ecke Lauenzienstraße

Lager von Fahrrädern

aus den renommiertesten deutschen, englischen und amerikanischen Fabriken.



Billigste Bezugsquelle in
Glocken, Laternen, Pumpen u. Leucht-
lampen, Acetylenlampen von Mk. 7
an, Elektropumpen Mk. 3.
Reparaturen gepartet

Manchester - Sammete

Täglich Eingang von Neuheiten in

Anzug- u. Hosenstoffen

Oscar Bruch, Kaiserstr. 12.

Turner-Trikot

Öffentliche Versammlung aller im
Binnenschiffahrtsgewerbe beschäftigten Personen

am Donnerstag, den 24. August, abends 8 Uhr

in Wegners Gesellschaftshaus, Kleiner Stadtmarsch.

Freie Aussprache über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Binnen-
schiffahrtsgewerbe.

Die Besetzung der größten Dampfmaschinen-Gesellschaften sind zu dem Sa-
hancemente kritisch anzusehen. — Im schließlichen Bericht über
Der Verbandsrat der Schifffahrts- und Hafenarbeiter:
Abolf. Zeder.

2235

Neu eröffnet!
Großes Lager möbl., Bild., Spiegel,
Möbel, Spiegel
und Polsterwaren

Fr. Schmidt, Uhlentorstr.

2235

Juwelen-
Gold- und Silberwaren,
Verlobungsringe,
Max Arzi
Juwelier und Graveur

2235

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Telegraphisch-Nummer 1409.

Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3½—7½ Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts,
sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-
versicherung, Privatversicherungen, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstboten-, Beihilfungs-
und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:

Tischler, Schmeide, Dienstboten, Schuhmacher, Schneider (Bügler), Klempner, Stuhl-
macher und Tischler auf Garnituren, Barbier, Filzputzmaschinenmacher, Stellmacher, Haus-
burgen für Bäckerei und Garten-Restaurant und Dienstmädchen.

Stadt. Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5

Geöffnet: Räuml. Abteilung von 7—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.

Telegraphisch-Nummer 9—1 5—7

Telegraphisch-Nummer: Rathaus Nr. 2150—2155.

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:

Biegeleiarbeiter, Klempner, Tischler, Schuhmacher, Schneider (Bügler), Klempner, Stuhl-
macher, Steinmetz, Marmorarbeiter, Drechsler, Tischler, Tapezierer, Klempner,
Büchsenmacher, Fleischer, Tischler- und Büchsenmacher-Lehrlinge.

Weibliche Abteilung:

Stellungsuchende weibliche Personen aller Berufe und Stände für häusliche und
geschäftliche Arbeiten.



SEIFENPULVER

gibt blendend weiße
Wäsche.

Unübertreffliches
Wasch- und
Bleichmittel.

Allein echt mit Namen
Dr. Thompson

u. Schutzmarke SCHWAN.

Vorlicht
vor Nachahmungen!

Überall käuflich.

Alleiniger Fabrikant:
Ernst Siegler, Düsseldorf.

Möbel-

Einrichtungen

größte Auswahl

in den großen Sälen
und 5 Möbelkabinetten von

J. Mook

jetzt nur

Jakobsstraße 51

1372 dicht am Alten Markt.

Angelgeräte!

Angelruten 15, 50 Pfg., 3teil. 75 Pfg.,

4teil. 1 Mk., Angelstöcke, 3teilig, 1.50 Mk.,

4teil. 2 Mk., Schwimmer 10 Pfg., Angel-

haken 100 St. 35 Pfg., mit Vorschlag 3 St.

10 Pfg., Angelhaken in Haus und Seide,

wasserdicht verpackt, Sechsstrofen 1 Mk., alle

Sorten Blei, Kesch. Fischwitterung

1 Mk., mit Erfolg. 2139

Rad. Brüning, Magd.-Gutman

Schönefelderstr. 21, 1. Etage über der Kirche.

Auf eine volle Mark gebe 5% Rabat in bar.

Vorzeiger dieses Inserats er-
hält 2 Prozent Rabatt, trotz
der äußerst billigen Preise.

Breitweg 89/90

kauft man zu den denkbar

billigsten Preisen:

Außbaum und Birken

echte, halbechte und imitierte

Möbel

ebenso unter Garantie recht

dauerhaft u. elegant gearbeitete

Polsterwaren

bei 1748

Georg Mook

Breitweg 89/90.

Unsere Strickwolle

(Marke gel. geknüpft), Zoltpfund nur

2.40 Mk., ist unübertroffen.

Bazar Magdeburg

Jakobs- und Petersstraße-Gasse

Filialen: Buchau, Thiemstraße 1,

Wilhelmstadt, Annastraße 2.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

reelle Arbeit, empfiehlt

C. Dittmar, Tischlermeister

Tischlertrugstraße 26. 681

Bei Einkäufen bitten wir unsere

Leier, sich auf die Volks-

stimme beziehen zu wollen.

Sichere Brotstelle.

Genossen, welche über ein Vermögen von

15—1700 Mk. verfügen, können sich eine

sichere Existenz gründen durch Kauf meines

nachweislich guten Materialgeschäfts-

hier am Plage mit Schnapskassant und

1/2 Ton. Bier pro Tag. Kassenerlös pro

Tag 50 bis 60 Mk. Miete ganz billig.

Differenz unter 96 an die Expedition

dieses Blattes. 677

Kanarien - Weibchen

kauft fortwäh-

rend zu höchstem Preis 2222

J. Tischler, Annastraße 25 II.

* Kl. Knaben-Anzüge werden sauber und

billig angefertigt Annastraße 4, part. links.

* Kräft. Mittag- u. Abendbisch zu 30 u. 40 Pfg.

* Schant- u. Speisewirtschaft Rotentischstr. 21.

* Tüchtige Maschinen-Näherin mit Masch.

gelehrt Tischlertrugstraße 4, v. 2 Tr.

* Ein Anschläger wird verlangt

Magdeburg, Magdalenenberg 1b.

* Wickelmacher sucht Arbeit Hasen-

straße 8, Mertens.

* Ein Schirm aus Barfeh. im Küchenschorn-

stein genomm. Abz. Löbde, Umfassungstr. 48.

* Eine graue Turnerbluse verloren. Abz-

gegeben Alexanderstraße 15, 2 Tr.

Naturheil-Anstalt

Schradorferstr. 1a. 2218

— Badegelegenheit von 8 bis 8 Uhr. —

Anheimend

unheilbare Krankheiten

werden mit anerkannt bestem Erfolge

behandelt durch

Visser, homöopathischer Prakt.

Magdeburg, Jakobsstr. 3.

Sprechstunden v. 11—1 Uhr; Sonntags keine Sprechstunden. 1963

Viktoria-Theater.

Mittwoch, den 23. August 1899:

Zum letzten Male!

Hofigunst.

Auffspiel in 4 Akten von Thilo v. Trotha

Dankagung.

Für die reichliche Kranzpende, welche

uns beim Begräbnis unseres lieben Sohnes

Otto zu teil wurde, sagen wir allen

Freunden und Bekannten unseren herz-

lichsten Dank. 2254

Otto Prange und Frau.

Dankagung.

Die reichlichen Blumenpenden und herz-

liche Teilnahme seitens der vielen Freunde,

Verwandten und Bekannten bei der Be-

erdigung meines lieben Vaters und unseres

geliebten Sohnes veranlassen uns, unsern

ausgesprochenen Dank nur auf diesem Wege aus-

zusprechen. 650

Neurath, den 21. August 1899.

Frau Karoline Reinecke und Kinder.

Russisches.

Wp. Vor einigen Monaten spielte sich eine lebhaftere Bewegung unter den Studenten der russischen Universitäten ab. Die Petersburger Studenten piffen ihren Rektor aus und als man darauf die Polizei auf sie losließ, weigerten sie sich, die Vorlesungen zu besuchen; an andern Universitäten erklärten sich die Studenten mit ihren Petersburger Kommilitonen solidarisch und „streikten“ gleichfalls. Diesmal waren es keinerlei revolutionäre Motive, welche die Bewegung veranlaßten, der „Nihilismus“ — unter welchem graufigen Worte der deutsche Philister sich allen möglichen Hölleuspuk vorstellt — hatte damit gar nichts zu thun. Es war ein Protest gegen das System, nach dem die Universitätsbehörden handeln, ein System der Spizelei und Unterdrückung, der kleinlichen Eitelkeit und Verfolgungssucht.

Genau wie in der Zeit des politischen Absolutismus in Westeuropa die Studenten zweifellos ein revolutionäres Element waren, so sind sie es heute unter dem russischen Zarentum. Die Erscheinung ist so leicht erklärlich, so verständlich, was aber natürlich die Söhne der ehemaligen deutschen Burgherrschaftler, ja die Mummelgreise, welche in ihrer Jugend selbst revolutionäre Farben getragen, nicht hindert, die heutigen Studenten Russlands in Grund und Boden zu verdammen. Um nun diesem „rebellischen Geiste“ entgegenzuwirken, hat die russische Regierung ein System eingeführt, welches dem eigentlichen Zweck der Hochschulen, Pflanzstätten der Wissenschaft zu sein, direkt Hohn spricht: Die Universitätsbehörden bestehen aus Polizeibeamten, wenn auch ihre Mitglieder in der Professorenrolle stecken; die Spizelei, Gefinnungsriecherei, Drangsalierung „unliebsamer Elemente“ ist zu einer Hauptsache geworden, die Wissenschaft wird so nebenher betrieben.

Freilich giebt es unter den Professoren noch manchen ehrenwerten Gelehrten, dem nur wissenschaftliche Interessen nahe liegen, aber es ist die kleine Minorität, und gar mancher dieser Männer läuft selbst ebensogut wie die Studenten Gefahr, jeden Augenblick infolge irgend einer gemeinen Denunciation den Schergen des Zaren zu verfallen. Ein anderer Teil der Professoren, und leider ist das die Majorität, übernehmen selbst die Rolle der Polizisten und Gefinnungsriecher. Von wissenschaftlichem Wert ist bei diesen Kreaturen nicht die Rede, aber sie sind — gubernemental! Nicht in wissenschaftlicher Betätigung sehen sie ihren Beruf, sondern darin, der „Staatsidee“ zu dienen. Da aber der Staatsidee im Reiche des Zaren nicht anders gebient werden kann als mit gemeinem Polizeigeist, so ist das Verhalten dieser Herren danach.

Freilich haben wir es in Preußen-Deutschland auf dem Gebiete des Unterrichtswesens ziemlich weit gebracht in der Russifizierung des Geistes, und wenn die Fälle sich mehren, wo als beste Anwartschaft auf einen Lehrstuhl nicht wissenschaftliche Tüchtigkeit gilt, sondern Regierungsfreundlichkeit, die sich in der Verherrlichung des Militarismus und Marinismus, der Verteidigung von Umsurz- und Zuchthausvorlagen usw. kundgiebt, so werden wir es auch noch weiter bringen. Vorläufig hat man aber glücklicherweise in Westeuropa noch keinen Begriff, welche Zustände an den Hochschulen entstehen müssen, wenn die Studenten der forumprierten Professoren nur mit Haß und Verachtung gegenüberstehen können.

Die Studentenunruhen waren also ein Protest gegen dieses System, und alles, was irgend in Rußland menschlich zu fühlen im Stande ist, war auf Seiten der Studenten.

Anfangs hieß es denn auch, daß die Regierung auf gutlichem Wege die Sache beilegen würde, daß man die schlimmsten Auswüchse des Polizeisystems abschaffen wolle, und sofort waren die Schwachköpfigen und die bestochenen Lohhändler des Zaren Nikolaus in der europäischen Presse mit Lobgefängen auf den „edlen Friedensfürsten“ bei der Hand. Aber im Handumdrehen war der Wind umgeschlagen, mit rigoroser Strenge wurde vorgegangen, hunderte von Studenten wurden aus der Universität gemiesen und so ihre Existenz vernichtet; die „Rädelsführer“ wurden der bekannten russischen Prozedur unterworfen — der „administrativen Verschickung nach entlegenen Orten“.

Die „Ruhe“ war wieder hergestellt im Reiche des Zaren.

Vor 14 Tagen verbreitete dann der offiziöse Telegraph die Nachricht, der Minister für Volksaufklärung habe angeordnet, „daß die Obrigkeit der Universitäten mit allen Mitteln dahin strebe, einen innigen Zusammenhang zwischen Professoren und Studenten herbeizuführen“; Studentenzirkel sollen eingeführt werden unter direkter Leitung der Professoren, die sogenannten praktischen Seminarübungen sollen zu diesem Zwecke nutzbar gemacht werden usw. Vor allem aber sollen „Studentenkonvikte“ errichtet werden, d. h. eine Art Hospize, wo unbemittelte Studenten Wohnung und Verpflegung finden, natürlich abermals unter direkter „Aufsicht“ der Professoren; für diesen Zweck habe der „gütige Monarch“ 3 Millionen Rubel einmalig und 32 400 Rubel jährlich bewilligt.

Man konnte über diese gemüthliche Bekämpfung des Umsurzes lächeln, und in der That hat ein wichtiger Zeitungsman bereits den Namen „Universitäts-Theaterfräugchen“ dafür gefunden. Wer aber die russischen Verhältnisse kennt, weiß, was dahinter steckt: der Versuch, die Spizelei noch sorgfältiger zu organisieren, während die „Konvikte“ dazu dienen sollen, die mittellosen Studenten — und es giebt in Rußland Tausende von Studenten, die ihr Leben in der kümmerlichsten Weise durch Stundengeben, Uebersetzungen und dergleichen fristen — zu kapieren, durch das bißchen Futter, das man den Hungernden reicht, den Geist zu prostituieren.

Jetzt aber ist ein weiterer Ukas erschienen, welcher erst den vorigen ins rechte Licht stellt. Dieser Ukas bezieht sich nicht mehr auf das Ressort des Ministers der Volksaufklärung, sondern auf das des Ministers des Innern, dessen Hauptaufgaben auf dem Gebiete der Polizei liegen, und dieser Ukas besagt folgendes: 1. die Zöglinge der höheren Lehranstalten sollen, wenn sie sich „gemeinsam Unregelmäßigkeit in den Lehranstalten oder außerhalb derselben zu Schulden kommen lassen, oder wenn sie gemeinsam beschließen, die Vorlesungen zu meiden“, von der Lehranstalt entfernt und — **der Armee einverleibt werden!** Dabei sollen keine Rücksichten auf die etwaigen Privilegien im Militärdienst genommen werden, und ist es gleichgültig, ob die jungen Leute das dienstfähige Alter erreicht haben oder nicht. 2. Zum Zwecke der Untersuchung in Sachen derartiger Ausschreitungen wird in jeder Lehranstalt eine Untersuchungsbehörde eingesetzt, bestehend aus der Universitäts-

behörde und den Beauftragten des Kriegsministers, des Ministers des Innern und des Justizministers. 3. Die Dauer des Militärdienstes hat für die relegierten Studenten 1 bis 2 Jahre zu betragen, doch darf sie bis zu 3 Jahren ausgedehnt werden; wer zum Dienst in der Front untauglich ist, kommt in andere Militärabteilungen.

Das also ist des milden Zaren letztes Wort! Hinans mit den Jünglingen, die unbegreiflichen Geist zeigen, aus den Lehrsälen, in die Kaserne mit ihnen! Ein permanentes Standgericht wird eingesetzt, bei dem die Abgesandten des Kriegsministers und Polizeispigel aus der Meute des Polizeiministers zu Gericht sitzen über die jungen Idealisten und über Knaben, die — was ja auch vorkommen kann — einen geraden Streich machen. Und dann welche Barbarei! Ob so ein Jüngling tauglich oder untauglich für den Dienst ist, er kommt in die Kaserne; ob er auch erst im Alter von 18 bis 19 Jahren steht, wo die Strapazen des Dienstes den jungen Körper unfehlbar ruinieren, er wird nicht geschont. Wenn man dann ferner in Betracht zieht, welche furchtbare Noheit in dem russischen Heere herrscht, welche Willkür seitens der Offiziere; wenn man bedenkt, daß Tausende russischer Soldaten in den Wüsten Asiens, den Schneefeldern Sibiriens den denkbar größten Entbehrungen auch in Friedenszeiten ausgesetzt sind (und wahrscheinlich wird man die Studenten gerade in diese Regimenter stecken, um sie nicht etwa in den Großstädten zu lassen), so begreift man, daß ein teuflischeres Mittel, den unabhängigen Geist zu brechen, in der That nicht eronnen werden konnte.

Aber andererseits ist auch diese Waffe, zu der der Zar greift, zweischneidig: Die Armee ist heute die einzige Stütze des Absolutismus und der Zar versetzt die „Rebellen“ in die Armee; aber gerade diejenigen Studenten, die so viel revolutionäres Temperament haben, um vor dieser barbarischen Strafe nicht zurückzujucken, werden sicher die besten „Wühler“ abgeben, werden ihren Leidensgenossen im bunten Rock die Augen öffnen. Dann aber agitiert hier der Zar wirklich einmal gegen den Militarismus viel wirksamer, als er es mit seiner Friedenskonferenz gethan. Wie! in Rußland! leht die allgemeine Wehrpflicht und der Zar betrachtet es für einen jungen Mann als die höchste Strafe, wenn er ihn in die Kaserne schickt; das Heer, das ist das Heiligste des Staates, und ein junger Mann, der in den Augen des Zaren nicht würdig ist, eine Universität zu besuchen, wird in das Heer gesteckt. In der That, ein größerer Widerspruch war für den Beherrscher des größten Militärraates nicht mehr möglich. Und schließlich denke man sich die Wirkung dieser neuesten Staatsrettung auf die sogenannte Gesellschaft, auf die Väter und Mütter, die jeden Augenblick um die Zukunft ihrer Söhne zittern müssen; das wird jedenfalls nicht dazu beitragen, das Unterthanengefühl zu stärken.

So geht es aber dem Absolutismus mit jeder seiner Gewaltmaßregeln, die er zu seiner Rettung anwendet — er untergräbt nur noch gründlicher seine Stellung. —

Aus der Parteibewegung.

Totenliste der Partei. In Hanau starb gestern unser alter Parteigenosse Mathias D a s b a c h, der erst am 13. August seinen 70. Geburtstag unter reger Anteilnahme der dortigen Genossen gefeiert hat. Schon als Jüngling von

Fenilleton.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautzky.

(71. Fortsetzung.)

Helene seufzte tief, streckte sich, seufzte wieder und wollte sich auf die andere Seite legen, aber Sofia hörte nicht auf sie zu rütteln.

„Laß — ja — ich komme schon,“ hauchte Helene, dann mit einer gewaltigen Anstrengung über sich selbst, erhob sie sich und langte nach ihren Kleidern. Launelnd that sie einige Schritte, stolperte über die Matratze, fiel darauf und blieb liegen. Sie war sofort wieder eingeschlafen.

„Ein wahrer Wehlhader,“ entschied Schwester Wjerotjtscha, die ihre Kutte bereits umgeworfen hatte und nun mit ihren plumpen Füßen über die Schlafende hinwegstieg. „Sie hat gar keinen Ehrgeiz.“

„Sie ist todmüde,“ entschuldigte Sofia, „sie konnte gestern Abend kein Glied mehr rühren.“

„O, wir auch nicht, wir alle nicht.“

„Gewiß, aber der Dienst ist für sie noch neu und der Sommer greift ihr ans Herz.“

„Von Christus kommt uns die Kraft und er verleiht sie denen, die zu ihm beten,“ bemerkte Schwester Wjerotjtscha in ihrer verdrossenen Art, indem sie sich abermals betraugte.

Sofia antwortete nicht, sie stand bereits vor dem Waschtisch und begann ihre Toilette. Auch in den Tagen der anstrengendsten Arbeit fand sie die Zeit, sich sorgfältig zu reinigen. Sie bürstete ihre Hände und Nägel und kämmte aufmerksam das blonde, seideweiche Haar, das sie jetzt kurz verchnitten trug. Sie zog ihr Kleid aus dunkler Wolle an, das stramm um ihren vollen Körper sich schmiegte, und am Arme, allen erkenntlich, die weiße Binde mit dem roten Kreuze zeigte. Als ein weiteres Abzeichen trug sie ein goldenes Kreuz an einem blauen Bande am Halse.

Sie sah in dieser ersten Tracht schön und vornehm aus.

Jetzt trat die Oberin, Schwester Maria, aus ihrem Bette hervor. Alle begrüßten sie.

In ihrer Tracht unterschied sie sich in nichts von den anderen, aber sie imponierte durch ihre ruhige Würde. Sie war nicht jung und nicht hübsch, ihr Haar war reich ergraut und ihre Haut gelb und runzlich geworden, aber aus ihren grauen Augen sprach hohe Klugheit und Welterschauung, und der strenge Mund war meist durch ein lebenswürdiges Lächeln verhäutet. Sie war von einigen Schwestern gesüchelt, von vielen geliebt, von allen geehrt.

Sie wendete sich Helene zu und kniete an ihrer Seite nieder. Sanft streichelte sie das blaße Gesicht, dann sagte sie ruhig, aber entschieden:

„Stehen Sie auf, Schwester Helene.“

Und Helene riß die müden Augen gewaltig auf und erhob sich von ihrem Lager.

Es fröstelte sie; als sie aber das eiskalte Wasser über Gesicht und Nacken goß, fühlte sie sich merklich erfrischt.

Sofia Alexandrowna war zum Fenster getreten und sah nach dem Thermometer.

„Es hat zwölf Grad Kälte und die schlechten Wege... die armen Verwundeten!“ rief sie bekümmert.

„Gott stehe ihnen bei,“ bemerkte die Oberin, „wir werden doch nur ein Viertel davon behalten können... sie müssen weiter nach Siftowa.“

„Dort soll bereits eine furchtbare Anhäufung von Kranken und Verwundeten sein.“

„Dann müssen sie über die Donau.“

„O, Schwester Maria, wie viele werden da unterwegs zu Grunde gehen!“ rief Helene, sich der Oberin nähernd — „diese Transporte sind mörderisch!“

Die Oberin nickte: „Leider. Wir haben keine Eisenbahnen, um die Verwundeten zu befördern, wir befinden uns in einem wilden, uncivilisierten Lande.“

„In dem man mit den Waffen der Civilisation kämpft, es ist entsetzlich!“

Die Oberin schüttelte lächelnd den Kopf, als könne sie diese Erregtheit nicht billigen. „Wir werden heute noch viel

zu thun bekommen, Schwester Helene, es ist unsere Pflicht, kaltes Blut zu bewahren.“

Sofia trat auf sie zu und schloß die Freundin in ihre Arme.

„Mut, Helene, stähle Deine Nerven, wir müssen das Schlimmste ertragen lernen.“

Und sie drückte sie an sich und sah ihr mit einem so festen Blick in die Augen, als wolle sie in ihr die Heldin erwecken.

Es polterte über die hölzerne Treppe, zwei Schwestern traten herein. Sie schüttelten sich.

„Ah, die Kälte draußen, und hier ist es auch nicht warm, warum heizt Ihr nicht besser, wir erfrieren!“

Sie warfen sich, wie sie waren, in ihren Kutten und ohne die schweren Stiefel auszuziehen, auf die Matratzen und blieben da liegen. Zwanzig Stunden waren sie ununterbrochen auf ihrem Posten geblieben und hatten die schwerste Arbeit geleistet.

Die Oberin hatte sich mit dem Samowar beschäftigt. Die Schülerin Petrowna Nikolajewna, ein junges, adeliges Fräulein, deren Begeisterung nur durch ihre Ungeschicklichkeit übertroffen wurde, stellte die Tassen zurecht.

In ihrem Eifer, Gutes zu thun und sich möglichst nützlich zu machen, gab sie sich übergeschäftig. Bei allem wollte sie dabei sein, und stand überall nur im Wege.

Sie hatte jedoch eine Tasse herabgesetzt, die unglücklicherweise auf den Wasserkrug aufgefallen war, den sie — zufällig — hier stehen gelassen hatte.

Erschreckt hücte sie sich nach derselben, wobei sie den Krug umstieß, der — wiewohl ein Bech — noch ziemlich gefüllt war. Wie gut, daß der dicke Teppich das Wasser so wenig auffog; auch die Tasse zeigte nur einen Sprung.

Sie erhob sich aus ihrer gebückten Stellung mit einem prächtigen Lächeln.

„Ein Sprung, der kann schon früher dagelassen sein,“ dachte sie.

(Fortsetzung folgt.)

18 Jahren hat der Verstorbene als Turner für des Volkes Freiheit gekämpft. Er mußte deswegen ins Ausland flüchten. Seit der Zeit, da Lassalle die Fahne der modernen Arbeiterbewegung entfaltete, kämpfte er in den Reihen des Proletariats für dessen Befreiung und stellte seine Kraft der Partei bis zu seinem letzten Atemzuge zur Verfügung. Ehre seinem Andenken! —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Polizei in Frankfurt a. M. kommt ganz auf säkularische Sprünge. Vor einiger Zeit hatten sämtliche dortige, dem Vereinsgesetz unterstehenden Vereine einen Regen von Strafmandaten über sich ergehen lassen müssen, weil die Polizei plötzlich außerordentlich peinlich in Sachen der Führung von Mitgliederlisten geworden war. Das ist nun in Ordnung gebracht. Jetzt kommt die Feste dran. Bei den Sommerfesten sollen keine Eintrittskarten mehr verkauft werden dürfen. Beim letzten Gewerkschaftsfest haben einige Personen dennoch welche verkauft und dafür soll der Festeleiter 100 Mark Geldstrafe bezahlen. Schließlich ist für das einzige größere Versammlungslokal, das den dortigen Genossen noch zur Verfügung steht, die „Concordia“, angeordnet worden, daß nur noch 285 Personen in den Saal dürfen, offenbar in Sorge um die Gesundheit der Versammlungsbesucher. Wegen Uebertretung dieser Anordnung ist der Wirt schon mit einigen Strafmandaten bedacht worden. —

Eine Woche Haft wurde dem Genossen May als Redakteur der Thüringer Tribüne durch Strafbefehl zubilligt, weil er dem Bericht über den Streik in einer Waggonfabrik eine Bemerkung über den Zugzug hinzusetzte. Darin soll grober Unfug stecken. —

Das Drama in Rennes.

Sind alle diese Kriegsminister, Generale und Majore, die in dem Renneser Prozeß als Zeugen auftraten, Betrüger, Mitschuldige, die eine Schuld mit Lügen zu verbergen suchen, oder hält sie der militärische Korpsgeist so befangen, daß sie über alle Vernunft und alles Recht hinweg nur das Privileg der Arme verfechten, oder hat sie und die Mehrheit des französischen Volkes ein Massenwahnsinn ergriffen? Wir meinen, wie viel das böse Gewissen und der Prätorianerhochmut mißbilligen mögen, Wahnsinn ist es doch vor allem, der hier sein Wesen treibt. Es wäre sonst alles unbegreiflich, was da in Rennes geschieht.

Hat man, seit die Welt steht, je eine solche Gerichtsverhandlung gesehen? Von einer Beweisaufnahme keine Spur. Es ist eine gemächliche Constate, wo jeder beliebige General, der die Lüge dazu hat, über die „Affaire“ seine Weisheit zum besten giebt und mit patriotischer Geberde erklärt, daß er Dreyfus für schuldig halte. Der Höhepunkt der Tragikomik hat die Sache mit der Aussage Guignés erreicht. Auch dieser junge Major hält sich für wichtig genug, um seine Meinung über die Schuld Dreyfus' zu verkünden. Und was erzählt er dann? Dinge, die fast ausnahmslos geschehen sind, Herrin und Du Pom de Glam zu belächeln. In einem Meer von Schwärmern verliert sich und verschwindet jedes klare Bild, der Gerichtshof weiß nicht einmal der einjährigen und selbstverständlichen Pflicht zu genügen und in dem Verfahren die Momente festzuhalten, auf die es bei der Frage nach der Schuld und Unschuld Dreyfus' ankommt.

Und nun gar diese willigen Übergehenden, diese erzürnten Altweibergehirnen, die hier von gewissen Chefs der Kriegsverwaltung, von Generalen und Stabsoffizieren als „Beweise“ vorgebracht werden! Der eine erzählt, daß ein Herr Müller in Potsdam im Arbeitszimmer des Kaisers auf einem Zeitungsbogen eine Notiz über Dreyfus gelesen habe, der andere weiß von einem französischen Neffen zu erzählen, der in einem Berliner Hotel, das er nachgewiesenermaßen niemals bewohnt hat, gehört haben will, wie sich zwei preussische Offiziere über die Schuld Dreyfus' unterhalten hätten. Ein Dritter bringt als Schuldbeweis vor, daß ein österreichischer Attaché Dreyfus für schuldig erklärt habe, in einem Briefe, der sich gleich darauf als Fälschung herausstellte. Unter Wiedergaben von unabweisbarem Geschwätz von Leuten, die wieder andere Leute gehört haben wollen, die selbst über die Sache nichts Entscheidendes aussagen können. Denn was würde, selbst wenn dies nicht alles Lüge und Fälschung wäre, die Meinung belustigter Offiziere oder des Obersten Schneider über die Schuld und Unschuld Dreyfus' für das Beweisverfahren zu bedeuten haben?

Und dennoch, wenn man dieses Geschwätz wegnimmt, was bleibt übrig, da der auf das Herdreden und das geheime Dossier angelegte Schuldbeweis heute in nichts zusammengefallen ist? Aber deshalb wird niemand zu behaupten wagen, es spräche die Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Gericht Dreyfus, sei es auch nur auf Grund mangelhafter Beweise, freispräche, oder gar, daß in der Mehrheit des französischen Volkes der von Antirevolutionärem gemachte Wahnglaube zwischen Wahn und Wahrheit gerade die albene Schlinge von dem Herrn de Müller, von dem General der preussischen Offiziere ist: das ist das Charakteristische nicht nur an diesem Prozeß, sondern es kennzeichnet überhaupt die geistige Verfassung der französischen Volksmasse, die die ganze Dreyfus-Affaire überhaupt einzig erklärlich macht. „Was alles geglaubt wird“, so könnte man die Tagesbegebenheiten und Vorgänge der Affaire überschreiben. Aber es wird eben geglaubt, und es wird geglaubt nicht erst seit dem Dreyfus-Handel, der alles toll gemacht hat. Der ganze Charakterismus, der Deutschland und die Deutschmannen der Franzosen hängt mit einem solchen ungeheuren Wahngewebe unheilvollster Fabeln und dümmster Geschichten zusammen, mit denen sich die französischen Revolutionspartei seit dreißig Jahren managiert haben können.

Die Dreyfus-Affaire ist bloß der Ausdruck einer alten Volksschwärze. Auf dem französischen Demoskraten hat der Antirevolutionärem wie das Prätorianerhochmut gewirkt und in der Dreyfus-Affaire sehen wir nun alle diese bösen Geister wieder. In Rennes, wo ein bedauerndes Opfer des

Wahnes eines Volkes und des Truges einer verrotteten Militärpartei zwischen Hoffen und Verzweifeln auf die Entscheidung seiner Richter wartet, macht sich in Wahrheit das französische Volk selbst den Prozeß und läßt die Welt Einsicht nehmen in die traurige moralische und geistige Verfassung, wie sie durch eine wahnwitzige Ueberspannung des Nationalgefühls in diesen letzten dreißig Jahren herangereift ist. —

Soziale Bewegung.

Zur Lohnbewegung der Steinarbeiter Buzlau-Berlin. In Buzlau rüsten sich nun auch die verheirateten Steinarbeiter zur Abreise aus dem Streikgebiet. Es sind 12 Verheiratete abgereist und ein größerer Teil wird diesen im Laufe dieser Woche folgen. Dadurch lichten sich die Reihen der Ausständigen immer mehr und den Unternehmern dürfte es dann überhaupt schwer fallen, die alten tüchtigen Arbeiter wieder zu bekommen. Der königliche Landrat des Kreises Buzlau, an den sich bekanntlich die Unternehmer gewandt haben, damit er veranlassen soll, daß die Streikenden von den Gutsbesitzern entlassen werden, hat den Unternehmern nach nochmaliger Erwägung erwidert, daß die Beschäftigung streikender Steinarbeiter im Landwirtschaftsbetriebe keine Angelegenheit darstellt. Die Unternehmer werden wohl oder übel schon geeignete Mittel anwenden müssen, um die Arbeiter wieder nach den jähren Gefilden der schlesischen Steinbrüche zu locken. Vorläufig begnügen sich die Unternehmer allerdings noch mit jüngeren Technikern, die zu den Arbeiten der Ausständigen verwandt werden und denen man sogar die Schürzen unentgeltlich liefert. Trotzdem macht sich der Mangel an Steinen immer mehr bemerkbar, die Maschinen arbeiten nur teilweise und auch die Bildhauer werden bereits nach und nach entlassen. Auch in Berlin sind durch den Ausstand der Steinarbeiter die Bildhauer in Mitleidenschaft gezogen und mußte ein größerer Teil, welche bei den Steinarbeitern beschäftigt ist, die Arbeit einstellen. Die Unternehmer, die sonst nicht genug über den Terrorismus der Arbeiter zittern können, bringen, um Arbeitswillige zu bekommen, alle möglichen Mittel in Anwendung. So hat eine Firma einen Kutcher, der schon über 20 Jahre seine Stellung inne hatte, entlassen, weil sein Sohn streikt und sich nicht dazu bewegen läßt, Streikbrecherdienste zu leisten. Einem Steinarbeiter, der bereits bei der Firma sein 25jähriges Jubiläum gefeiert hat und dem man sonst immer als Paradedarbeiter behandelte, wurde mit derselben Maßregel gedroht, wenn er seinen Sohn, der gleichfalls streikt ist, nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßt. Auch die Frauen versuchen die Unternehmer durch ihre Beauftragten zu beeinflussen, ihre Männer zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Bis jetzt haben aber alle diese Maßnahmen den Unternehmern herzlich wenig genützt. Die Ausständigen stehen einmütig zusammen und sind der festen Ueberzeugung, daß sie als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist der Vorstand des Verbandes deutscher Steinarbeiter-Gesellschaften mit dem Vorgehen der Forderung gegenüber den Ausständigen nicht ganz einverstanden und sollen bereits Verhandlungen im Gange sein, um eine Beilegung des Kampfes zu ermöglichen. —

Ein Bergarbeiter-Ausstand sollte nach bürgerlichen Blättern im schlesischen und böhmischen Kohlenrevier drohen. In der Sache ist, wie unser Zwickauer Parteiblatt feststellen kann, kein wahres Wort. —

Die Salinentabvention, deren Bildung bereits vor längerer Zeit angekündigt, ist nunmehr vollendete Thatsache geworden: der Konvention gehören die Salinen Nord-, Mittel- und Süddeutschlands an, dieselben haben in Bad Gmünd eine gemeinsame Preisbalken festgesetzt. Die Saline in Siedau, welche jährlich 400 000 Cemer produziert, hat im vorigen Jahre denjenigen der mit ihr in Verbindung stehenden norddeutschen Salinen, welche an der Grenze liegen und durch die Konventionen nicht abgedeckt sind als Subvention 70 000 Mark zahlen müssen. —

Die Frauenpost.

Mit der Dienstbotenbewegung beschäftigte sich eine Berliner Volksversammlung, die von der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen nach der Berliner Konferenz einberufen war. Der Saal und die Gallerien waren schon lange vor Beginn der Versammlung von einer dicht gedrängten Menschenmenge gefüllt. Später wurde das Lokal, als es vollständig besetzt war, abgeperrt. Männliche und weibliche Besucher waren etwa in gleicher Stärke, Dienstboten aber nur wenig vertreten.

Der Vortrag des Abends über die Dienstbotenbewegung, ihre Ursachen und Ziele, hielt Lily Braun. Die Referentin leitete ihre Ausführungen ein mit einer historischen Betrachtung über die Entstehung des Dienstbotenverhältnisses bis zu seiner heutigen Form, sowie über den Ursprung der gegenwärtigen Gesinde-Ordnungen, von denen es in Deutschland 60, in der Provinz Hannover allein deren 100 gibt. Die Referentin zeigte unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der verschiedenen Gesinde-Ordnungen, daß die Lage der Dienstboten eine den heutigen Verhältnissen durchaus widersprechende sei, da sie sich wenig von dem Sklaven- und Hörigenverhältnis früherer Zeiten unterscheiden. Insbesondere wies die Referentin darauf hin, daß die französische Gesinde-Ordnung der Herrschaft das Recht der Beschäftigung gebe.

In würdevoller Weise, mit von Weisfall und zunehmenden Kundgebungen unterbrochen, schloß die Referentin die vorstehende, allerorts hochinteressante Besprechung, unter der der größte Teil der Dienstboten zu hören kam. Dann warf sie die Frage auf: Was hat die bürgerliche Gesellschaft gethan, um die Lage der Dienstboten zu verbessern? Im Jahre 1593 bestanden die französischen Herren im Reichthum die Gleichstellung der Dienstboten mit den gewöhnlichen Arbeitern. Aber im Jahre 1895 stimmte ein solches Gesetz in der Kom-

mission zur Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegen die Aufhebung der Gesinde-Ordnungen. Das Centrum hat im Plenum des Reichstages 1896 ebenfalls gegen die Stellung der Dienstboten unter die Gewerbe-Ordnung gestimmt. 1897 nahm der Reichstag eine Resolution Lenzmann an, welche die verbündeten Regierungen ersucht, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher das Arbeitsverhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, sowie der Dienstboten regelt. Der Reichstag nahm zwar diese Resolution an, die Regierungen haben ihr aber bis jetzt noch nicht Folge gegeben. Ueber die Nichtbeachtung dieses Reichstags-Beschlusses dürfen wir uns freilich nicht wundern. Sehen wir doch, daß ein viel wichtigeres Versprechen des Reichstages: die Aufhebung des Verbindungsverbot für politische Vereine, bis heute unerfüllt geblieben ist. (Weisfall.)

Wenn wir jetzt, angesichts der Dienstbotenbewegung die bürgerliche Presse betrachten, dann sehen wir, daß sie sich mit wenig Ausnahmen feindlich gegenüber stellt. Von jener Seite ist also nichts für die Dienstboten zu erwarten. (Zustimmung.) Die bürgerliche Frauenbewegung hat bei ihrer Agitation aus Anlaß der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Gesindeordnung gar nicht gedacht. Auf dem Kongreß der bürgerlichen Frauen hat man einen Herrn, der über die Gesindeordnung sprechen wollte, nicht reden lassen, angeblich aus Mangel an Zeit. Frau Lina Morgenstern, eine Führerin der bürgerlichen Frauen, forderte, da die Dienstbücher manchmal verloren gingen, daß die Zeugnisse der Dienstmädchen bei der Polizei eingereicht würden, und der Berliner Hausfrauenverein soll ja in einem Flugblatt seine Mitglieder aufgefordert haben, ihren Dienstmädchen den Besuch der Versammlungen zu verbieten, und dieselben eventuell zu entlassen. Im übrigen schweigen die bürgerlichen Frauen über die Dienstbotenbewegung. Nur das Organ der angeblich radikalen Gruppe der bürgerlichen Frauen brachte einen sehr matten Artikel über die Bewegung.

Wer ist es, der für die Dienstboten eintritt und für ihre Rechte kämpft? Von Leitern der jetzigen Dienstbotenbewegung wurde gesagt, die Sozialdemokratie habe bisher nichts für die Dienstboten gethan. Diese Behauptung beweist, wie gering die Kenntnisse derjenigen sind, die an der Spitze der Dienstbotenbewegung stehen, und in welchen Händen diese zur Zeit befindet. (Weisfall.) Im sozialdemokratischen Programm wird gefordert: Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern und Aufhebung der Gesindeordnung. Die sozialdemokratische Partei hat aber auch im Reichstage eine Reihe von Anträgen gestellt, die sich auf die Verhältnisse der Dienstboten beziehen. Sie beantragte im Jahre 1895, daß die Gewerbegerichte auch für die Dienstboten zuständig sein sollen, und ferner, daß den Dienstboten das Koalitionsrecht gewährt werde. Gerade dieser Punkt ist von größter Wichtigkeit, denn so lange die Dienstboten nicht das Recht der Koalition haben, ist ihre Bewegung ein Messer ohne Hest und ohne Klinge. Ohne das Koalitionsrecht bleiben die Dienstboten Sklaven und Hörige, wie sie es in früheren Jahrhunderten waren. (Weisfall.) Die Erringung des Koalitionsrechts sollte daher eine der ersten Forderungen der Dienstbotenbewegung sein. (Zustimmung.)

Bei der Agitation, welche die sozialdemokratischen Frauen aus Anlaß der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs entfalteten, gehörte die Abschaffung der Gesinde-Ordnung zu den selbstverständlichsten Forderungen. Im Reichstage ist die Sozialdemokratie 1896 dafür eingetreten, daß die Bestimmung im Einführungsgesetz zum B. G. B., welche den Fortbestand der Gesinde-Ordnungen ausspricht, beseitigt werde. Unsere Partei verlangte, daß die Dienstboten der Gewerbe-Ordnung unterstellt werden. Sie beantragte, für den Fall, daß die obligatorische Krankenversicherung der Dienstboten nicht angenommen würde, die den Herrschaften auferlegte Pflicht der Krankenfürsorge von 6 Wochen auf 13 Wochen auszudehnen. Dieser Antrag wurde aber mit 189 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Im Jahre 1897 stellten die Sozialdemokraten den Antrag die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher die Ausnahmebestimmungen für landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten beseitigt und diese der Gewerbe-Ordnung unterstellt. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt und statt dessen die schon erwähnte Resolution Lenzmann angenommen. Das ist die Stellung, welche einerseits die Sozialdemokraten, andererseits die bürgerlichen Parteien hinsichtlich der gesetzlichen Regelung der Verhältnisse der Dienstboten eingenommen haben.

Wenn auch die Dienstboten noch kein Koalitionsrecht haben, so könnte ihre Organisation doch in mancher Hinsicht eine Besserung ihrer Lage durchsetzen. So freudig wir auch die Dienstbotenbewegung begrüßen, so weit entfernt sind wir, die Dienstboten sozialdemokratisch organisieren zu wollen. Wir wollen ihre Bewegung gern und freudig unterstützen, aber wir müssen sehen, daß ihr Verein ein Kampfbund wird. (Bravo.) Das ist jetzt nicht der Fall. Einer der Leiter der jetzigen Dienstbotenbewegung übt ja eine Tyrannei der Herrschaften nicht nachsteht. Dieser Herr hat die Dienstboten aufgefordert, die heutige Versammlung nicht zu besuchen, und er hat erklärt, daß ein sozialdemokratisches Mädchen dem Verein nicht angehören darf. Ich fordere die Dienstmädchen auf, sich selber zu organisieren und darauf zu halten, daß der Vorstand ihres Vereins nichts anderes sein darf, als ihr ausführendes Organ. Ihr Verein muß ein energischer, zielbewußter Kampfbund werden. (Weisfall.) Sie dürfen sich nicht führen lassen, sondern Sie müssen selbst ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen. (Bravo!) Die Referentin empfiehlt folgende Resolution:

Die Versammlung erklärt: Wir begrüßen mit Befriedigung die neu entstandene Dienstbotenbewegung als eine erste Regung des Selbstgefühls und erstarkenden Klassenbewußtseins dieser rechtlosen Schicht des Proletariats. In der Erkenntnis, daß die männlichen und weiblichen Dienstboten unter einem Ausnahmegesetz stehen, daß ihre Bürgerrechte eingeschränkt, sie wehrlos der Willkür ihrer Arbeitgeber

preisgibt und ihnen die Möglichkeit nimmt, mit allem Nachdruck für ihre Interessen zu kämpfen, fordern wir:

1. Abschaffung der Gesinde-Ordnung und der Dienstbücher.
2. Aufhebung des Gesetzes vom 24. April 1854.
3. Ausdehnung der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung auf alle Dienstboten.
4. Unterstellung der Dienstboten unter die Gewerbe-Ordnung.

Wir verlangen ferner, angesichts der gesundheitswidrigen Wohnungsverhältnisse der Dienstboten, den schleimigen Erlaß orts- oder landespolizeilicher Bestimmungen, die

- a) einen hygienisch angemessenen Minimal-Luftstrom festsetzen;
- b) die Bestimmung treffen, daß diese Räume durch nach außen gehende Fenster gehörig ventiliert, mit Heizvorrichtung versehen, von innen verschließbar und von Netzkäben und dergleichen in entsprechender Entfernung sein müssen.

Die Durchführung dieser Bestimmungen ist behördlich zu kontrollieren, und wo die Wohnräume der Dienstboten diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind die Hausbesitzer und Mieter zu bestrafen und die fernere Benutzung des betreffenden Raumes zu verbieten.

Um der Ausbeutung der Dienstboten durch gewerbmäßige Arbeitsvermittler ein Ziel zu setzen, verlangen wir die Errichtung öffentlicher oder kommunaler Arbeitsnachweise, soweit die Arbeitsvermittlung nicht von den Dienstboten-Organisationen selbst in die Hand genommen werden kann. Die Erringung aller dieser Forderungen wird zum großen Teil von dem energischen, vereinten Kampfe aller Dienstboten abhängen, und in diesem Kampfe sichern wir der Dienstbotenbewegung unsere Unterstützung zu.

Lilly Braun schließt mit folgenden Bemerkungen: Die in der Resolution niedergelegten Forderungen sind derart, daß sie jedes Mädchen, auch ohne sozialdemokratisch zu sein, unterschreiben kann. Es sind Forderungen, die gegenwärtig erfüllt werden können, aber wir meinen nicht, daß dadurch das Dienstbotenelend endgültig beseitigt wird. Die Befreiung der Arbeiterklasse, zu der auch die Dienstboten gehören, ist erst durch die Aenderung der Gesellschaftsordnung zu erwarten, und die einzige Partei, die dies Ziel erreichen kann, ist die Sozialdemokratie. (Lebhafte, allseitiger Beifall.)

Die nun folgende Diskussion nahm einen ziemlich ruhigen Verlauf. Erhebliche Einwände gegen den von der Referentin vertretenen Standpunkt konnte auch der Führer der Dienstbotenbewegung, Redakteur Perlmann, nicht machen. Er drückte seine Befriedigung darüber aus, daß von sozialdemokratischer Seite keine besondere Organisation der Dienstboten beabsichtigt werde, er erkannte es an, daß die Sozialdemokratie die Dienstbotenbewegung unterstütze, meinte aber, es sei besser, wenn die Bewegung parteilos bleibe, damit die Herrschaften nicht an derselben Anstoß nehmen und den Dienstboten den Beitritt zum Verein verbieten. Mit dem von der Referentin erwähnten Verhalten eines Leiters des Vereins seien nicht alle Mitglieder einverstanden.

Eine ältere Abbin befandete ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen der Referentin. Im Sinne des Vortrages sprachen ferner Fräulein Dien und Frau Köhler. Mit lebhaftem Beifall nahm die Versammlung die Ausführungen von Frau Wengels entgegen, die in temperamentvoller Weise die ängstliche, harmonisierende Art, in der Herr Perlmann die Dienstbotenbewegung vertritt, kennzeichnete. Die Dienstmadchen wußten jetzt schon, daß sie zu den Arbeitern und nicht zu den Herrschaften gehören, und die Geister, welche die Leiter der Bewegung gerufen haben, würden sie nicht wieder los. — In ihrem Schlusswort bemerkte Lilly Braun: Daß der Sturm, der sich unter den Dienstboten erhoben hat, nicht aufhöre, dafür werden wir sorgen. (Beifall.) Da zur Zeit ein Mangel an Dienstboten herrsche, so hätten diese nicht nötig, ängstlich zu sein und sich den Besuchen der Versammlung zu verweigern. Aber wenn sich die Sozialdemokratie der Bewegung der Dienstboten nicht annehme, habe dieselbe keine Aussicht auf Erfolg. (Großer Beifall.)

Die von der Referentin vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme.

Vermischte Nachrichten.

Der Morse-Telegraphenapparat wird im deutschen Telegraphengebiet innerhalb eines Jahres im größeren Verkehr vollständig durch den Klopferbetrieb verdrängt sein, nachdem dann der Morse-Schreiber gerade 50 Jahre der preussischen und deutschen Staats-Telegraphie gedient haben wird. Nach einer ausführlichen Darstellung im amtlichen Archiv für Post und Telegraphie wurde im Jahre 1893 mit der Einführung des Klopfers begonnen, während jetzt schon 305 Klopferleitungen im Betriebe sind. Von den 525 gegenwärtig vorhandenen inländischen Arbeitsstromleitungen werden 144 mit Hughesapparaten, 101 mit Morse-Schreibern und 280 mit Klopfern betrieben. Im ganzen sind zur Zeit 1150 Klopfer bei 240 Anstalten im Betriebe. Bei dem Klopferapparat entspricht dem Punkt und dem Strich Töne von verschiedener Klangfarbe. Zur Erhöhung der Lautwirkung wird der Klopfer in einer höheren Schallkammer untergebracht, deren offene Seite dem Ohr des Beamten zugekehrt ist. Um Störungen durch Nebengeräusche von den nach Gehör aufnehmenden Beamten möglichst fern zu halten, werden die einzelnen Arbeitsplätze durch Glaswände von einander getrennt. Die Arbeit am Klopfer ist nicht so schwierig wie es scheinen mag. Sie wird jetzt von den jungen Beamten zuerst erlernt. Beim Klopfern haben die Augen des Beamten nur dem Schreiber zu folgen, während das Ablesen der Heilen ganz wegfällt. Die Höchstleistung eines Beamten am Klopfer wird auf 600 Wörter in der Stunde, beim Morse-Schreiber auf 400 Wörter an-

genommen. Auch die Sicherheit des Telegraphierens soll durch die Einführung des Klopfers gewonnen haben. Der Klopferbetrieb stellt sich endlich billiger. Ein vollständiges Klopfersystem kostet etwa 110 Mark weniger als ein Morse-Schreiber mit Taste. Allein an Farbe und Papier sollen jährlich jetzt schon 30 000 Mark gegen früher durch den Klopfer erspart werden. —

Ein *Zauberstück à la Bosco*. Eine hübsche Geschichte teilt das Organ des Oesterreichischen Touring-Klubs mit: Gelegentlich eines Gänseauszuges in St. Georgen am Ammersee war in der dortigen Schloßbrauerei eine größere Gesellschaft versammelt, meist Einwohner von St. Georgen, Dießen und den umliegenden Dörfern und Flecken. Ein Radfahrer, der vorbeikam und das fröhliche Treiben sah, machte Halt und beteiligte sich ebenfalls an Regeln. Seine Witze und Bonmots erhielten die Gesellschaft in stetem Lachen. Als er zwei Gläser gewonnen, gab er diese zum Besten; sie sollten sofort für die ganze Gesellschaft gebraten werden. Allgemeines Hoch- und Bravorufen belohnte diesen uneigennütigen Entschluß. Bis die ledere Mahlzzeit fertig wäre, wollte er ihnen einige Kunststücke auf dem Rade zum Besten geben. Er fährt auf der Straße vor dem Wirtshaus einige Male auf und ab und führt dabei einige Kunststücke aus, die ungeteilten Beifall ernten. Schließlich will er noch seinen Haupttrick machen. Er erbittet sich von einem Herrn einen Hut und läßt sich von den Anwesenden Uhren, Ringe, Portemonnaies, Taschmesser, Schlüssel etc. hineinwerfen, mit dem Bemerkten, er wolle ihnen ein Zauberstückchen *à la Bosco* auf dem Rade verfahren. Von allen Seiten wird ihm das Gewünschte zugereicht. Hierauf fährt er nach einem circa 200 Meter entfernten Gebüsch an der Landstraße, steigt dort ab und manipuliert mit dem Hute; man kann nicht sehen, was er macht. Endlich kommt er in flottem Tempo angefahren. Auf allen Gesichtern liegt der Ausdruck gespannter Erwartung. Als er an der vor dem Wirtshaus stehenden Gesellschaft vorbeikommt, wirft er mit kräftigem Schwung den Hut über die Köpfe der Versammelten. Ein wahrer Sandregen ergießt sich über die Gesellschaft. Man schreit, kreischt, lacht, schreit Bravo und guckt erwartungsvoll hinter dem Radfahrer drein, der immer weiter fährt und schließlich hinter einer Waldbede verschwindet. Da wird den verschiedenen Besitzern der Uhren, Ringe, Portemonnaies schließlich doch etwas „schummerig“. Man eilt nach dem Gebüsch und findet auf einem Sandhaufen einige Schlüssel und Taschmesser und einen Zettel, worauf steht: „Lassen Sie sich die Gläser gut schmecken, bezahlt sind sie ja. Ich erlaube mir als liebes Andenken an Ihre werthe Gesellschaft, die mir übergebenen Sachen mitzunehmen. *Bosco*.“ —

Ueber die Rassenreinheit der Juden hat der amerikanische Anthropologe Ripley neuerdings im Anschluß an seine *Racial Geography of Europa* eine Arbeit veröffentlicht, welche diese vielumstrittene Frage wohl zum endgültigen Abschluß bringt. Er hat die Schädelmessungen von etwa 2500 Individuen verglichen können, die so ziemlich allen von Juden bewohnten Ländern angehören. Nur die nordafrikanischen Juden zeigten den charakteristischen Langschädel der echten Semiten, wie die Araber, unter denen sie wohnen. Schon die übrigen Sefhardim (jüdische Juden mit spanischer Muttersprache) haben erheblich kürzere Schädel und die deutsch redenden Juden sind weder in Deutschland, noch in Polen oder Rußland in der Schädelbildung von den sonstigen Bewohnern dieser Länder zu unterscheiden. Entweder waren also die Juden schon in Palästina nur zum geringen Teil Semiten, oder ihre Nachkommen haben sich im Verlauf der Zeit der Vermischung des Tempels verflorenen Jahrzehnte durch Prozelitenmachen und frische Heiraten so ausgiebig mit anderen Stämmen gemischt, daß der ursprüngliche Schädelcharakter sich völlig verloren hat. Ripley entscheidet sich für die letztere Ansicht; die Juden sind ihm keine Rasse, sondern ein Volk; es ist ihnen gelungen, sich als Nationalität zu erhalten, obgleich ihnen die Hauptgrundlagen für eine solche, eine eigenliche Heimat und eine gemeinsame Sprache, seit fast achthundert Jahren fehlen, aber von einem Rassengegensatz gegen die Arier kann keine Rede sein. Die für charakteristisch angesehenen Körpereigenschaften sind teils nicht konstant, teils Folgen der langjährigen Einwirkung ungünstiger Lebensverhältnisse. Der wohlhabende Jude des Londoner Westens unterscheidet sich von seinen englischen Mitbürgern auch körperlich in keiner Weise. —

Ländlich — schändlich. Aus Korneuburg (Nieder-Oesterreich) berichtet die Wiener Arbeiterzeitung: In der Ortschaft Schriech erkreute sich die 19jährige Dienstmagd Theresia Vogel, eine hübsche Bauerndirne, der besonderen Aufmerksamkeit der Burtschen. Fast allabendlich war ihr Fenster besetzt, und zu jenen, die am öftesten bei dem Fenster der Magd erschienen, gehörte der Bauerssohn Johann Turner. Der Burtsche wußte jedoch, daß er nicht der einzige sei, der sich der Gunst des Mädchens erfreue, weshalb er beschloß, zu einem in jener Gegend gebräuchlichen Mittel zu greifen, um das Mädchen zu blamieren. Am Pfingstmontag, als bereits alles im Hause des Dienstgebers der Vogel schlief und diese selbst schon im Bette lag, wurde sie vom Hofe aus leise zum „Fensterln“ aufgefordert. Nur mit dem Geruch bekleidet, ging sie zu dem vergitterten Fenster ihres Zimmers und sah draußen Johann Turner. Sie ging nahe ans Gitter heran und ließ sich mit dem Burtschen in ein Gespräch ein. Pölslich zog Turner ein Pferdeleitschiff aus der Tasche, schlang es um den Leib des Mädchens und knüpfte die Vogel an das Fenstergitter, so daß sie mit dem Gesicht ins Zimmer gekehrt stand. Die Ortsburtschen Josef Hofmeister und Josef Reiter halfen mit, das Mädchen am Fenstergitter zu befestigen. Anfangs erschien ihr dieser Vorgang harmlos, denn sie wußte, daß die Ortsburtschen diese Prozedur oft mit Mädchen vornahmen, die mit vielen Männern „fensterln“. Als ihr aber Turner auch den Hals aus Kreuz binden wollte und ihr der um den Leib geschlungene Riemen Schmerzen verursachte, schrie sie um Hilfe. Die Burtschen ließen lachend davon und saßen die Vagel so lange in ihrer

qualvollen Situation, bis sie ihr Dienstgeber daraus befreite. Auf Anzeige der Gendarmerie, hatten sich Turner und seine beiden Helfer wegen Einschränkung der persönlichen Freiheit — so beurteilte das Gericht diese ländlich-schändliche Sitte — vor einem Erkenntnisstau zu verantworten. Der Angeklagte Turner bemerkte, es habe sich bloß um einen Scherz gehandelt. Seine Absicht war nicht darauf gerichtet, die Vogel in ihrer Freiheit zu beschränken.

Vors.: Wie es heißt, waren Sie nicht der einzige, mit dem die Vogel gefensterlt hat?

Angekl.: Na, sie hat an Jeden's Fenster aufgemacht. Vors.: Und deshalb wollten Sie sie aus Kreuz binden, um ihrem Dienstherrn zu zeigen, daß seine Magd mit vielen „fensterlt“?

Angekl.: No ja, 's war halt a Spaß.

Vors.: Also es besteht bei Euch die Sitte, daß man solche Mädchen so bestrast?

Ein Botanik.: Dies ist eine Art Volksjustiz.

Auch die beiden anderen Angeklagten gaben an, es war nur ein Scherz. Die Vogel habe sich kaum fünf Minuten am Kreuz befunden.

Vors.: Auch das ist genug für eine so qualvolle Situation.

Staatsanwalt (zu Turner): Aber Sie haben schon vorher den Plan zu dieser That gefaßt?

Angekl.: Ja, im Wirtshaus.

Die Zeugin Vogel gab an, sie kenne die Sitte, nichtsdestoweniger war ihr die damalige Situation sehr peinlich. Sie hätte wohl den Riemen lösen können, dies hätte aber lange gedauert. Sie hing eine Viertelstunde am Kreuz. Der Verteidiger bat um Freispruch, da es sich hier bloß um einen Scherz gehandelt habe. Der Gerichtshof verurteilte die drei Angeklagten zu je sechs Wochen Kerker. —

Kohlengasexplosionen auf Schiffen.

Bekanntlich ist der Betrieb der Kohlenbergwerke außer durch andere Umstände auch durch die schlagenden Wetter gefährdet, indem beim Loshauen der Kohle in den Gruben aus den Poren derselben mit größerer oder geringerer Festigkeit ein Gas entweicht, das sogenannte leichte Grubengas oder Methan, das, mit einer gewissen Menge Luft gemengt und zur Entzündung gebracht, heftige und vernichtende Explosionen bewirkt. Aber es entweicht in der Grube beim Loshauen der Kohle aus dieser nicht alles darin enthaltene Gas, sondern zunächst nur das in der Nähe der Bruchstücke befindliche; das übrige in den Kohlenstücken enthaltene Gas entweicht erst langsam, nachdem die Kohle zu Tage geschafft ist beim Umstürzen und Entleeren der oben ankommenden Kohlenwagen. Schon wenn dieselben auf Haufen oder in Eisenbahnwaggons umgestürzt werden, werden dadurch von den meisten Kohlenstücken größere oder kleinere Bruchstücke losgeschlagen und dann entweichen aus den frischen Bruchflächen weitere Mengen des Kohlengases. Geschieht dies im Freien auf Haufen oder auf offene Eisenbahnlawer, so fortwährend die atmosphärische Luft zirkuliert, so werden die entweichenden Mengen Kohlengas mit so großen Mengen atmosphärischer Luft vermischt, daß auch offene Flammen dieselben nicht zur Explosion bringen können.

Anders ist es, wenn die geförderte Kohle zum Weitertransport aus den Förderwegen in Schiffsräumen gestürzt wird. Dann können sich, führt das Hamburger Echo aus, wenn der Schiffsraum nicht gut ventiliert wird, in denselben große Mengen explosibler Gasgemische anhäufen, die, durch irgend einen Umstand zur Entzündung gebracht, furchtbare Explosionen bewirken. Erst im Frühling dieses Jahres berichteten die Zeitungen über einen schweren Unglücksfall, von dem die Benennung eines mit Steinkohlen beladenen Dampfers infolge der Explosion solcher aus den Kohlen ausströmender Gase betroffen wurde, die sich an einer brennenden Lampe entzündet und sehr schwere, zum Teil tödliche Verletzungen verursachten. Solche Kohlengasexplosionen sind gar nicht selten. Im Jahre 1889 haben allein 4 innerhalb 7 Monate das Gesamt in Bremerhaven zu amtlichen Untersuchungen veranlaßt. Auch das britische Handelsamt sah sich durch ähnliche Unglücksfälle veranlaßt, Rheber, Schiffer, Arbeiter und Versicherer auf die Gefahr der Explosion und Selbstentzündung bei Kohlenladungen und auf die zur Verhütung derselben notwendigen Maßregeln aufmerksam zu machen.

Die erste Bedingung, um zu verhüten, daß sich solche gefährliche Gasgemische in den Kohlenräumen anhäufen, besteht darin, daß für eine gute, ununterbrochene Ventilation der in dem Schiffsraum verladene Kohlen gesorgt wird. Das Deffnen der Schiffsklappen genügt dazu nicht; diese müssen bei Sturm und hohem Seegange geschlossen werden, was zur Anhäufung bedrohlicher Mengen der gefährlichen Gase im Schiffsraum führen kann. Daher müssen die Kohlenräume mit besonderen Ventilationsvorrichtungen versehen werden, die auch bei geschlossenen Luken eine ununterbrochene Ventilation, namentlich der obersten Schicht der Kohle sichern.

Die Notwendigkeit einer solchen ununterbrochenen Ventilation der Kohlenlagerräume in den Schiffen hat sich nicht nur bei Seeschiffen, sondern auch bei Binnenfahrzeugen herausgestellt, und die Explosionen sind bei diesen letzteren deshalb sogar häufiger gewesen, weil man hier diese Gefahr weniger beachtet hat und meist gar keine Ventilation der Kohlenlagerräume angebracht hatte, wie aus den Seeausprüchen hervorgeht. Früher hat man auch geglaubt, daß die Bildung und Ansammlung der explosiblen Gase nur bei einzelnen Kohlenarten erfolgt. Aber die angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß zwar ein Unterschied in der Menge der entwickelten Gase bei den verschiedenen Kohlenarten besteht, daß aber alle Steinkohlen und selbst Braunkohle ohne Ausnahme solche Kohlengase entwickeln, und daß, selbst wenn bei manchen Kohlenarten diese Gasentwicklung nur eine geringe ist, doch mit der Zeit gefährliche Mengen von denselben sich in den Lagerräumen an-

Es ist begreiflich, daß die Gefahr der Anhäufung von Kohlengasen bei solchen verladene Kohlen am größten ist,

